

UNIVERSITÄT LETTLANDS
FAKULTÄT FÜR GEISTESWISSENSCHAFTEN
ABTEILUNG FÜR GERMANISTIK

**Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den politischen
Feldern Deutschlands und Lettlands am Beispiel von
Parlamentsauflösungen**

BACHELORARBEIT

Verfasser: **Kristis Šukevičs**
Studentenausweis: ks11098
BETREUER: DAAD-GASTLEKTORIN
SANDRA JOHANNA LANGER

RĪGA 2014

INHALTSVERZEICHNIS

ANNOTATION

ANOTĀCIJA

0. EINLEITUNG	4
1. Die Feldtheorie nach Bourdieu	5
2. DIE STAATSFORMEN DEUTSCHLANDS UND LETTLANDS	8
3. BESCHREIBUNG DER POLITISCHEN ÄMTER.....	13
3.1. Deutscher Bundeskanzler	13
3.2. Lettischer Ministerpräsident	15
3.3. Deutscher Bundespräsident	17
3.4. Lettischer Präsident	19
4. BESCHREIBUNG DER PARLAMENTS AUFLÖSUNGEN	21
4.1. Parlamentsauflösung in Deutschland 2005	21
4.2. Parlamentsauflösung in Lettland 2011	23
5. ANALYSE NACH PIERRE BOURDIEU.....	26
5.1. Analyse der deutschen Parlamentsauflösung mittels der Feldtheorie	26
5.2. Analyse der lettischen Parlamentsauflösung mittels der Feldtheorie.....	35
5.3. Vergleich Deutschland-Lettland.....	39
6. FAZIT	42
7. LITERATURVERZEICHNIS	44
7.1. Primärliteratur.....	44
7.2. Sekundärliteratur	44
7.3. Internetquellen	44
DOKUMENTATIONSBLATT.....	47

ANNOTATION

The topic of this bachelor thesis is the political differences and similarities in Latvia and Germany by the example of the dissolution of national parliaments.

To complete the research the aspects of the sociological theory, namely the field theory of Pierre Bourdieu, have been used. The theory suggests, that the every society is divided in many fields, which are ruled by exact persons. These fields include culture, sport, economics and also politics. This research paper focuses of how the people, which are in the centre of the field define the power for all the actors around. This power moving definition is being looked closer at the example of dissolutions of parliaments in Latvia and Germany.

This study shows how the persons, who define power, use the rights which are given by the constitutions of the concrete countries, are trying to rule further on, or are trying to get to the power using the dissolution of a parliament and if there are similarities and differences.

Keywords: the field theory, dissolution of parliaments, political system, Germany, Latvia

ANOTĀCIJA

Bakalaura darba tēma ir Vācijas un Latvijas politisko jomu atšķirības un kopības, par piemēru ņemot parlamentu atlaišanas.

Tēmas izpētē tiek aplūkota sociologa Pjēra Bjurdēna lauka teorija. Bjurdēna teorija nosaka, ka katra sabiedrība ir sadalīta laukos, kuri tiek pārvaldīti no konkrētām personām. Lauki var būt dažādi, tā piemēram, kultūras, sporta, ekonomikas vai politikas, kurš interesē šī darba autoru. Darbs liek uzsvāru uz to, kā cilvēki, kuri atrodas lauka centrā, nosaka varas virzību visiem pārējiem lauka dalībniekiem. Šī varas kustība tiek aplūkota padziļināti ar parlamentu atlaišanas piemēra palīdzību Latvijā un Vācijā.

Tāpat darbā tiek aplūkots kā personas, kuras nosaka varu, izmanto satversmēs dotās katras valsts tiesības, lai turpinātu valdīt, vai arī mēģinātu pārņemt varu, izmantojot nacionālo parlamentu atlaišanu, kā arī vai procesā ir vērojamas kopīgas un atšķirīgas iezīmes.

Atslēgas vārdi: lauka teorija, parlamentu atlaišanas, politiskā sistēma, Vācija, Latvija

0. EINLEITUNG

Die Politik hat immer eine große Rolle in jeder Gesellschaft gespielt. Auch die jetzige politische Lage in der Welt dominiert in den Nachrichten. Jeder Staat versucht Stabilität durch die realisierte Politik im Lande aufrecht zu halten. Es gibt Situationen, wenn die Staatsmänner die Situationen instabil machen, z.B. ein Ministerpräsident, im Falle Lettlands, und der Bundeskanzler, im Falle Deutschlands, nicht mehr eine klare Mehrheit im Parlament besitzen. In diesem Moment beginnen die Machtspiele, weil jeder Staatsmann selbst die Politikrichtung des Landes sowie innerlich, so auch nach Außen definieren möchte. Eine Möglichkeit ist eine Parlamentsauflösung durchzuführen. Eine instabile Situation beeinflusst jede Person im Lande. Gerade zwei Parlamentsauflösungen haben in Deutschland im Jahre 2005 und Lettland 2005 stattgefunden. Es ist wichtig zu verstehen, wie sich die Machtverschiebungen in jedem Land realisieren können, was für Instrumente den Staatsmännern zu Verfügung stehen.

Diese Arbeit wurde geschrieben, um die Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den politischen Feldern Deutschlands und Lettlands am Beispiel von Parlamentsauflösungen zu vergleichen. Um das Resultat zu erreichen, musste man sich zuerst der Feldtheorie von Pierre Bourdieu widmen, und die Bestandteile dessen erläutern. Dazu wurde der historische Hintergrund der Staatsformen beider Länder vorgestellt, um zu verstehen, wie sich die Parlamente überhaupt entwickelt haben. Im zweiten Teil der Arbeit, wurde eine Analyse beider Parlamentsauflösungen durchgeführt und nach Ähnlichkeiten und Unterschieden in der Machtausübung gesucht. Zum Schluss hat man die Vorgehensweise der Staatsmännern verglichen, um zu den Folgerungen zu gelangen. Es wurde früher über die Parlamentsauflösung Schröders von 2005 in Deutschland geschrieben, es gibt auch zahlreiche Analysen darüber. Die lettische Parlamentsauflösung von 2011 wurde noch niemals unter der Feldtheorie geprüft, auch die Suche nach Ähnlichkeiten und Unterschieden in beiden Ländern öffnet einen breiten Weg für neue Untersuchungen.

Die Theorie der Arbeit besteht aus dem Konzept der Feldtheorie von Pierre Bourdieu. Die Information wurde in zahlreichen Büchern gefunden, so wurden auch Internetquellen Mehrfach benutzt. Die Bachelorarbeit besteht aus 5 Kapiteln, 9 Untertiteln und beträgt insgesamt 47 Seiten.

1. DIE FELDTHEORIE NACH BOURDIEU

Die Arbeit basiert sich auf die Theorie von Pierre Bourdieu. Er war einer von den einflussreichsten Philosophen des 20. Jahrhunderts nicht nur in Frankreich, aber auch in der Welt. Er hat die Theorie der Sozialen Praxis geprägt. Die Theorie basiert sich an alltäglichen Gewohnheiten, Verhalten und Wahrnehmungen. (vgl. Bourdieu, 1993, S.277). In Folge, erklärt Bourdieu, dass die soziale Praxis in drei Schemata geteilt ist:

"Das Wahrnehmungsschemata, mit Hilfe derer die Akteure ihre Umwelt wahrnehmen, das Denkschemata, die die kognitive Klassifikation und Bewertung von Umweltzuständen anleiten, das Handlungsschemata, die die jeweiligen Praktiken der Akteure generieren." (Schützeichel, 2004, S.331)

Ein Bestandteil dieser Sozialen Praxis ist auch die Feldtheorie. Die Feldtheorie und da darin bestehenden Kämpfe ist der Grundstein dieser Arbeit. Das Konzept des Feldes ist das zweite wichtige Konzept in Bourdieus Schriften (vgl. Bourdieu, S.280). Das erste ist das Konzept vom Habitus, das die Struktur der Akteuren und Akteurinnen grundsätzlich prägen, z.B. wie sich jemand in einer Konfliktsituation verhält (vgl. Bourdieu, 1993, S. 279). Nach der Meinung vom Philosophen Pierre Bourdieu ist "ein Feld eine spezifische soziale Einheit oder Einrichtung der Gesellschaft" (Bourdieu, 1993, S.280). Bourdieu versteht die Gesellschaft als ein Feld, in dem sich viele bewegliche Subfelder befinden. Diese Felder werden von Akteuren und Akteurinnen kontrolliert, wo ein interagieren Gegeneinander und Miteinander stattfindet. Dies eröffnet einen Möglichkeitsraum, welche eine spezifische Form, Struktur, Aufgaben und Eigenschaften bilden (vgl. Schützeichel, 2004, S.335). Dieser Raum ermöglicht viele Äußerungen erzeugen zu können und damit auf jede mögliche Situation im Leben zu reagieren. Diese Akteure und Akteurinnen sind in jedem Feld anders, weil die soziale Schicht, Ausbildung, Erziehung und Erfahrung diese Subjekte stark prägen(vgl. Schützeichel, 2004, S.333). Die Akteure haben sich auf den gemeinsamen Möglichkeitsraum oder Spiel geeinigt, aber dieses "Spiel" ändert sich und bekommt immer neue Regeln (vgl. Schützeichel, 2004, S.335). Deswegen brechen sogenannte "Kämpfe" zwischen den Feldern aus, die Bourdieu als "Spielräume oder Kampffelder" (Bourdieu, 1993, S.282) bezeichnet. Die Strategien in der Kampfsituation hängt hauptsächlich von den Akteuren ab, aber die sind auch auf unbewussten Entscheidungen zurückzuführen (Beispiel: ein Politiker weiß wie er sich zu bewegen hat, kennt Kniffe und Tricks um sich gegenüber dem Gegenspieler einen Vorteil zu

verschaffen). Diese Konkurrenz erlaubt den Akteuren die eingenommen Position aufzubessern oder Aufbewahren. Die Akteure können mit unterschiedlichen Machtgraden und Erfolgsaussichten kämpfen, da die Struktur des Feldes vom Stand der Machtverhältnisse abhängig ist.

"Wie können Verhaltensweisen geregelt sein, ohne dass ihnen eine Befolgung von Regeln zugrunde liegt? (Schützeichel, 2004, S. 331)

Diese Frage erläutert Bourdieu selbst weiter, wo er erklärt, dass um in einem Feld reinzukommen, muss der neue Mitspieler ganz bestimmte Einsätze, Eintrittsbedingungen erfüllen können, daraufhin müssen die Menschen an diesem Feld glauben und auch die Regeln kennen, um in diesem Feld eingeführt werden zu können. Wenn der Mensch einem spezifischen Feld beitrifft, bekommt und sammelt der die Erfahrungen von anderen Akteuren, die da länger gewesen sind. Das ermöglicht, dass die Akteure in diesem Feld den Neuling besser machen. Die Definitionsmacht ist ein anderer Punkt, der für Bourdieu ausschlaggebend ist. Diese Macht, die nur für die Akteure zugänglich ist, da die sich im Zentrum des Feldes befinden, definiert die Politik und die nächsten Züge von allen anderen Akteuren, da alle anderen Mitspieler nach dieser Macht streben.

Ein wichtiger Begriff für Bourdieu ist Kapital, der eine breitere Bedeutung, als nur Ökonomie bezogen, besitzt. Nach Bourdieu ist der Kapitalbegriff folgend: "Spieleinsätze wie materielle Güter, zum Beispiel Geld und Eigentum, und symbolische Güter, zum Beispiel Reputation und Ansehen" (Bourdieu, 1993, S.281). Diese Güter ermöglicht den Feldern in einer besseren oder schlechteren Position gegenüber anderen zu sein, da die ungleich verteilt sind. In seiner Theorie trennt er das Kapital in vier Sorten: 1) Das ökonomische Kapital beinhaltet alles, was übergreifend in Geld gewandelt werden kann, 2) Das kulturelle Kapital taucht in drei Formen auf: der kann als Art des Auftretens, Sprechens und Sich-Verhaltens existieren, als Form von Gütern, zum Beispiel Bücher und Gemälde, und drittens, als Form von Bildungstiteln, die im spezifischen Feld der Bildung erworben weiter angewendet werden kann. 3) Das soziale Kapital enthält das Netzwerk des Kennens und Anerkennens, wo man spezifische Beziehungen aufrecht erhalten kann. (vgl. Bourdieu, 1993, S.281-282) 4) Das symbolische Kapital enthält alle Formen, mit denen Akteure soziale Anerkennung erreichen können. (vgl. Schützeichel, 2004, S.334) Darunter versteht Bourdieu auch die Macht der Wörter, da diese unsere soziale Welt konstruiert. Die wörtliche Benennung

spezifischer Gruppen lässt jedem Feld eine Identität geben (vgl. Schützeichel, 2004, S.342)

Nach dieser Theorie wird auch in der Arbeit näher das politische Handeln des Bundeskanzlers und Bundespräsidenten in Deutschland, wie auch des Präsidenten und Ministerpräsidenten in Lettland betrachtet.

2. DIE STAATSFORMEN DEUTSCHLANDS UND LETTLANDS

Um über eine Parlamentsauflösung überhaupt reden zu können, muss man zuerst die Entwicklung des Landes kennen um zu verstehen, welches System wann vorhanden gewesen war und wie sich die Situation verändert hat. Hier wird die historische Entwicklung der Staatsformen im 20. Jahrhundert in beiden Ländern näher erläutert.

Um das heutige Deutschland verstehen zu können, muss man doch mit der Gründung des deutschen Reiches anfangen. Das Deutsche Kaiserreich wurde im Jahre 1871 gegründet und existierte bis zum Ende des Ersten Weltkriegs. Da Deutschland den Krieg verlor, wurden Sanktionen auf das Land gelegt, die auch die politische Lage ausschlaggebend in den 20er Jahre des 20. Jahrhundert geprägt haben. Diese Zeit wird von vielen Historikern als der Höhepunkt der deutschen Nationalgeschichte betrachtet, nicht zuletzt wegen dem "Vater", der hinter der Vereinigung der deutschen Fürstentümer stand- Otto von Bismarck. Gerade die Verfassung spielte die wichtigste Rolle – die besagte, dass das Kaiserreich vom Bündnis der deutschen Fürsten bestehen wird, welcher mit bewaffneten Macht geschützt sein kann. Bei der Proklamation von Wilhelm I zum Deutschen Kaiser keine demokratisch gewählten Volksvertreter. Die Gründung vom Kaiserreich wird als eine Revolution und Ausführung "von oben" charakterisiert. Das dominieren des Militärs, brachte das Deutsche Reich zu einem Zustand, wo das von feindlichen Staaten eingekreist war. Nicht nur von Großbritannien und Frankreich, aber auch vom Russischen Imperium. Von 1890 bis 1914 wurde das Deutsche Reich die größte Wirtschaftsmacht und Großbritannien musste ihren Platz abgeben. (vgl. DHM, 2010,). Die Industrie wuchs, somit auch die Wissenschaft. So z.B. wird betont, dass

"vor dem Ersten Weltkrieg ging jeder dritte Nobelpreis für Naturwissenschaften nach Deutschland. Die Fortschritte von Medizin und Hygiene ließen die Säuglingssterblichkeit deutlich sinken" (DHM, 2010)

Mit den 67 Millionen Einwohnern im Jahre 1914 lag Deutschland am vierten Platz Weltweit. Die entwickelte Agrarpolitik und Verband der Aristokraten erlaubte Deutschland die neu bekommen Technologien, wie den Anschluss der Wasser- und Stromversorgung, im vollen Ausmaße zu benutzen, was das Leben der damaligen Menschen in einem enormen Ausmaß getroffen hat. Eine ' Einführung einer parlamentarischen Regierungsform war im Kaiserreich nicht durchsetzbar' (DHM, 2010). Die ständige Auseinandersetzung der Elite und Künstler, die mit satirischen Zeitschriften die Gesellschaft provozierte, war auch ein Bestandteil des Kaiserreiches. Diese Zeit bis zum ersten Weltkrieg, wird als eine

widerspruchsvolle Zeit bezeichnet, da das Kaiserreich eine schnelle Modernisierung der Gesellschaft erlebte, aber von dem extremen Militarismus und Traditionen nicht Abstand halten wollte. Im Jahre 1914 am 28. Juni nach dem Attentat gegen den österreichisch-ungarischen Thronfolger brach der Erste Weltkrieg aus. Deutschland, zusammen mit Österreich-Ungarn sah sich in einem Krieg gegen die drei Entente Mächte – Russland, Großbritannien und Frankreich. Der Krieg hat großen Schaden in der ganzen Welt verrichtet. Es starben nicht nur rund neun Millionen Soldaten und noch sechs Millionen Zivilisten wurden verletzt, aber dazu kam auch die Hungernot nicht nur im, aber auch nach dem Krieg. Europa war nach dem Krieg zerstört. Es brachen nicht nur drei Imperien zusammen – das Deutsche Reich, das Russische Imperium und Österreich-Ungarn, aber es hatte sich die politische Situation in der Welt ausschlaggebend, mit den immer stärker werdenden USA, verändert. Der Erste Weltkrieg endete mit der Niederlage von Deutschland. In Deutschland, ähnlich wie im Russischen Imperium gab es revolutionäre Bewegung, die eine Änderung des politischen Leben aufforderten. So musste der Kaiser Wilhelm II seinen Thron entsagen und die Republik ausrufen. Es entstand die Weimarer Republik.

Die Weimarer Republik existierte von 1918 bis 1933 als Hitler an die Macht kam. Das war das erste Parlamentssystem in Deutschland. Den Wechsel von vielen Reichsregierungen in einer kurzen Zeit und das niedrige Vertrauen der Bevölkerung am Parlamentarismus, haben linke und rechte Strömungen ausgenutzt. Noch bis zum Jahre 1929 als die Weltwirtschaftskrise angefangen hat, gab es eine mehr oder weniger bestehende Stabilität.

Daraufhin haben die Extremisten in einem rein populistischen Weg angefangen den Staat zu kritisieren, was bis zu der Naziherrschaft führte. Die frustrierten Wähler, hatten den Glauben an der Mehrheit der demokratischen Parteien verloren, und Hitler nutzte die Wirtschaftskrise aus um gegen die Demokratie und für die schmerzvolle Realität der Bürger zu agitieren. Mit enormen Vorsprung hat die NSDAP in den Bundestagswahlen (37%) die Mehrheit erlangt. Das bedeutete auch die Zerstörung der Demokratie, da 1933 Hitler zum Reichskanzler ernannt wurde, was auch das Ende von der Weimarer Republik bedeutet hat.

Das Naziregime herrschte 12 Jahre – von 1933 bis 1945. In dieser Zeit kam der Traum über eine bessere Zukunft Deutschlands nicht im Stande, da der Rassenwahn und das verbrecherische Regime keine Opposition oder Pluralität der Meinungen erlaubt hat. Ein autoritäres Regime, war nichts besonders in Europa in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts.

Auch Lettland hat darunter, mit der Machtübernahme von Karlis Ulmanis, gelitten. Der Verlust der Demokratie und die damit verbundenen persönlichen Freiheitsrechte, zusammen mit der Verfolgung und Tötung der anders Denkenden, darunter der Rassenneid gegen die Juden, war der Preis, die die deutsche Bevölkerung für dieses Regime bezahlen musste. Nach der Machtübernahme wurde viel in die Wirtschaft investiert, Arbeitsplätze hergestellt und gegen die Armut gekämpft, was den Anschein über ein besseres Leben gemacht hat. Nicht nur die ökonomische Lage hat sich verändert, sondern die Änderungen trafen jeden Bestandteil das Leben des einfachen Einwohners.

Mit dem verbrecherischen Pakt, der zwischen Deutschland und der Sowjetunion im Jahre 1939 am 23. August beschlossen wurde, hat der Zweite Weltkrieg angefangen. Die Einnahme von beiden Militärmächten war nur der Anfang. Schon bis zum Jahre 1941 hatte Deutschland die Mehrheit der europäischen Ländern besetzt, und die Sowjetunion die baltischen Ländern okkupiert. Im Jahre 1941 kam der Angriff Deutschlands gegen die Sowjetunion mit der Idee über den 'Lebensraum im Osten' (vgl. dhm, 2010) und die Welt sah sich in einer noch nie gewesenen Zerstörungsmacht. Die deutschen Truppen kamen schnell weiter und schon im Winter 1942 waren die nicht weit von Moskau entfernt. Mit dem Eintritt der USA im Krieg, hat sich die Situation völlig verändert. Deutschland musste in drei Frontlinien kämpfen, da der Partner Italien fast keinen Widerstand den britischen Militärgruppen im Mittelmeer leisten konnte. Die Alliierten haben den Krieg gewonnen und Deutschland zerschlagen. Der Krieg endet am 8. Mai 1945 und die Welt sieht sich in einem noch nie zuvor gewesenen Zerstörung.

Nach dem Krieg wird Deutschland in vier Besatzungszonen geteilt und es werden die Zukunftsaufgaben des Landes festgelegt - 'Entmilitarisierung, Entnazifizierung, Dezentralisierung, Dekartellisierung und Demokratisierung' (HDG, 2010). Kurze Zeit darauf fangen die Streitereien der Westmächten und der Sowjetunion an. Die Nürnberger Prozesse wird der Schauplatz und Gerechtigkeitsort für die Mehrheit der Opfer, die vom Naziregime gelitten haben. Das Land ist völlig zerstört, deshalb entscheiden sich die westlichen Länder das Land wieder aufzubauen. Der sogenannte Marschallplan, der die Wirtschaft wieder aufbauen sollte, ist der ausschlaggebende Punkt für die Erneuerung des Landes. Die Sowjetunion geht einen anderen, selbständigen Weg und im Jahre 1949 am 7. Oktober wird die Deutsche Demokratische Republik (die DDR) gegründet. Vorher, am 23. Mai 1949 wird die Bundesrepublik Deutschlands gegründet. Es existieren zwei verschiedene deutsche Staaten – der eine ist vom Kapitalismus, der andere vom

Kommunismus geprägt. Jedes Land besitzt ihre eigene Verfassung. Der Kalte Krieg beginnt, der fast 40 Jahre andauern wird, bis die okkupierten Länder in ganz Europa am Anfang der 90er Jahre im 20. Jahrhundert wieder ihre Freiheit zurück bekommen können.

Die Entwicklung beider deutschen Staaten ist verschieden. Die DDR bleibt unter einem Regime für die nächsten 40 Jahre, wo die Zensur, Propaganda und Verfolgungen der Stasi dominieren. Eine Pluralität der Meinung ist nicht möglich, da alles die kommunistische Partei kontrolliert. In der BRD wird schon im Jahre 1948 das neue Grundgesetz ausarbeitet. Nach der schmerzvollen Erfahrung der Weimarer Republik und der Nazizeit, mussten die Verantwortlichen viele schwierige und komplexe Fragen beantworten.

"Wie sollte der Bundestag gewählt werden? Wie viel Macht sollte der Bundeskanzler erhalten? Und welche Rolle sollte der Bundesrat künftig spielen? (BPB, 2014)

Der erste Bundeskanzler war Konrad Adenauer der die Politik in der Nachkriegszeit ausschlaggebend geprägt hat. Mit dem Eintritt in die NATO 1955, und den sogenannten Ost und Westintegration ist die Ära Adenauer gekennzeichnet. Das Ziel der möglichen Wiedervereinigung scheitert, weil im Jahre 1961 die Berliner Mauer gebaut wird. Am Anfang der 70er Jahre, Wechselt der Kurs der Politik. Jetzt dominiert die Idee vom 'Wandel durch Annäherung' (Geschichte, 2014) die bessere Beziehungen mit dem Osten wünscht. In dieser Zeit wird auch die DDR als ein souveränes Land anerkannt. Die Ostpolitik geht weiter, aber die mögliche Einheit Deutschlands war noch nicht voraussehbar. Nur nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, die mit den Reformen im Mitte der 80er Jahre von Gorbatschow angefangen wurden, gibt einen Schwung in der Richtung der Liberalisierung und Ende des Kalten Krieges. Es werden die Grenzen zu den ehemaligen Ostblockstaaten geöffnete und die Berliner Mauer verliert seine Funktion. Nach großen Protesten fällt die Berliner Mauer am 9. November 1989 und nach einer Abstimmung der Regierung der BRD, tritt die DDR der BRD bei. Daraufhin folgt die Wiedervereinigung, welche in dem 2 + 4 Vertrag belegt ist (vgl. Geschichte, 2014).

Die Verfassung oder das Grundgesetz in der BRD wurde völlig neu reformiert. Es wurden speziell zwei Artikel, nämlich Artikel 1 und 20, eingearbeitet um Deutschland von einer möglichen Diktatur in der Zukunft zu beschützen. Diese zwei Artikel sind unauflösbar. Diese Westmächte haben diesen Prozess streng kontrolliert, und im sogenannten Parlamentarischen Rat wurde das neue Grundgesetz unter der Leitung Adenauers angenommen (vgl. Tischner, 2014, KAS). Nur drei Mal in der deutschen

Geschichte hat die Parlamentsauflösung stattgefunden - im Jahre 1972, 1983 und auch in dieser Arbeit angeschauten Parlamentsauflösung vom Jahre 2005.

Im Falle Lettlands sehen wir vieles unterschiedlich. Noch vor dem 21. Jahrhundert gab es solche Länder wie Lettland, Litauen und Estland nicht. Geschichtlich gesehen war das Territorium vom Baltikum immer von anderen, stärkeren Mächten besetzt. Da diese Arbeit sich über den 20. Jahrhundert interessiert, muss man erläutern, dass Lettland nur nach dem Ersten Weltkrieg ihre Unabhängigkeit vom Russischen Imperium erlangt hat. Im Jahre 1922 wurde die lettische Verfassung hergestellt. In den Reihen der Verfassern, waren Vertreter von jeder Minderheitsnation. Die Idee, wie die Verfassung aussehen soll, wurden von den westlichen Mächten abgenommen, da da schon ein Grundgesetz lange Zeit arbeitete, wie z.B. in Frankreich oder im Deutschen Reich. Das größte Problem bildete die Frage, wie große Macht der Präsident besitzen und wie er gewählt werden soll. Nach der Annahme der Verfassung und innerliche Stabilisierung im Land, kamen die sogenannten 20 Friedensjahre, welche mit der ersten sowjetischen Okkupation geendet hat. Aber davor wurde das Regime in Lettland von einer parlamentarischen Demokratie zu einer autoritären Diktatur geändert. Am 15. Mai im Jahre 1934 hat der damalige Ministerpräsident Kārlis Ulmanis die Macht ergriffen. Er löste das Parlament auf und die Alleinherrschaft dauerte bis zum 17. Juni 1940 als die sowjetischen Truppen in Riga reingehen.

Auch Lettland hat stark unter dem Zweiten Weltkrieg gelitten. Zuerst kam die Sowjetunion mit der kommunistischen Ideologie. Die Verfassung Lettlands hatte kein Wert mehr. Nach einem Terrorjahr, der mit Deportation, Erschießungen der Tscheka und Verfolgungen voll war, kamen am 1. Juli 1941 die deutschen Truppen in Riga hinein. Lettland wurde auf Neues besetzt. Die Deutschen in Zusammenarbeit mit den Letten haben fast die ganze Jüdische Gemeinschaft in Lettland vernichtet. Der Krieg in Lettland endet mit der nachfolgenden fünfzig jährigen Besetzung der Sowjetunion. In dieser Zeit hat Lettland eine sowjetische Verfassung die von Moskau heraus kontrolliert und überwacht wird.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wird wieder Lettland frei und bringt die Verfassung vom Jahre 1922 in Einheit. Natürlich wird die für die heutige Situation verändert. Die Parlamentsauflösung von Zatlers war die erste demokratisch durchgeführte Prozedur, wie es die Verfassung besagt.

3. BESCHREIBUNG DER POLITISCHEN ÄMTER

3.1. Deutscher Bundeskanzler

Nach der schlechten Erfahrung, was die Alleinherrschaft einem Land bringen kann und mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und die Aufteilung Deutschlands, wurde auch die Verfassung von Deutschland geändert, um den Spielraum des Bundeskanzlers sehr spezifisch einzugrenzen. 1949 wurde die Verfassung unter Leitung von Konrad Adenauer reformiert.

Nach der Verfassung der Bundesrepublik Deutschlands, sind die Richtlinien des Bundeskanzlers im Artikel 65 der Verfassung erläutert.

'Den Bundeskanzler kann man vor einem Misstrauensvotum (Art. 67 GG) stellen- der Bundestag kann das nur dadurch realisieren, wenn die Mehrheit seiner Mitglieder einen Nachfolger wählen kann. Das sogenannte destruktive Misstrauensvotum (Art. 54 WRV) wurde hinsichtlich der geschaffener Instabilität der Regierungen in der Weimarer Republik, abgeschafft. Die Bundesminister werden auf Vorschlag des Bundeskanzlers vom Bundespräsidenten ernannt und entlassen (Art. 64 GG)' (Buse, 2001, S.41).

Für die Bildung des Kabinetts ist nur der Bundeskanzler zuständig - er benötigt auch keine Zustimmung des Bundestages. Gegen die einzelnen Minister kann man Misstrauensanträge einreichen, aber rechtlich ist es für den Bundestag unmöglich den Rücktritt von einem einzelnen Minister zu bewirken. Das erlaubt den Bundeskanzler die Funktionsfähigkeit der Regierung erheblich zu erhöhen. Der Bundeskanzler hat eine endlose Macht über seine Minister- er kann sie daraufhin entlassen, zurücktreten lassen oder vor ein Vertrauensvotum stellen. Die Minister, auf der anderen Seite, führen ihre selbständigen und eigenverantwortlichen Ressorts getrennt vom Bundeskanzler, aber jedoch in den vorher bestimmten Richtlinien der Regierung. Dieses starke regieren wird als die "Kanzlerdemokratie" bezeichnet und ist von fünf Merkmalen geprägt:

- "1) Die Machtchancen, die in der Verfassung geschrieben sind, werden vom Kanzler genutzt,
- 2) Der Kanzler nimmt in der größten Regierungspartei ein Spitzenposition ein,
- 3) zwischen den Regierungs- und Oppositionsparteien besteht ein deutlicher Gegensatz,
- 4) Der Kanzler spielt eine große Rolle in der Außenpolitik,
- 5) Die Rolle des Kanzlers wird in den Medien personalisiert " (Marschall, 2011, S.168)

Ein Misstrauensvotum kann man nur gegen dem Bundeskanzler einleiten, welches dem eine Kontrolle über die Stabilität der Regierung ermöglicht. Das kann man nur dann

erreichen, wenn er, der Bundeskanzler, bei der Bildung des Kabinetts die einzelnen Erwägungen der Koalitionspartner in Acht nimmt. Die Minister werden auf eine konkrete Dauer eingestellt und behalten ihr Amt entweder bis zum vorzeitigen Rücktritt oder Entlassung auf Antrag des Bundeskanzlers.

Den Amt des Bundeskanzlers ist es unmöglich getrennt von der Bundesregierung zu betrachten. Die Bundesregierung besteht aus dem Leiter der Regierung - dem Bundeskanzler, sowie auch Ministern. Die Bundesregierung ist die Exekutive macht, das heißt, die ist verantwortlich für die Gesetzgebung, aber auch für die Staatsleitung, welches die Zusammenarbeit von allen drei Gewaltmächten (Legislative, Exekutive, Judikative) betreiben muss. Historisch betrachtet hat die heutige Bundesregierung in Deutschland einen viel größeren Machtgewicht als die frühere Reichsregierung. Der Kanzler muss kein Mitglied des Bundestages sein, obwohl es bei fast allen vorigen Regierungschefs so gewesen ist. Um für eine starke Stabilität sorgen zu können, versucht der Bundeskanzler meistens eine Große Koalition zu bilden (bislang hat nur eine Fraktion, nämlich die CSU zusammen mit der CDU von 1957-1961, eine klare Mehrheit von Plätzen im Parlament bekommen), um ein klare Mehrheit im Bundestag zu erreichen. Wenn das nicht der Fall ist, sieht sich der Bundeskanzler stark eingegrenzt, da die Arbeit vom Ministerkabinettt wegen fehlenden Stimmen einfach stoppt. Bei der Herstellung einer Regierung muss der Bundeskanzler nicht nur die Wünsche und Versprechungen seiner Partei, sondern auch ein Kompromiss mit den anderen Koalitionspartnern finden. Die Anzahl der Minister entscheidet jeder Bundeskanzler selbst.

"Nur ein Mitglied der Regierung muss ständig präsent sein – Bundesminister der Verteidigung, der nach Art. 65a die Befehls- und Kommandogewalt über die Streitkräfte hat" (Marschall, 2011, S.164)

Wie wird der Bundeskanzler gewählt? Der Bundespräsident ernennt den Bundeskanzler, welcher dann von dem Bundestag gewählt wird. Bekommt der Vorgeschlagene im Wahlgang die Mehrheit der Mitglieder des Bundestages, die sogenannte absolute oder Kanzlermehrheit (das Abstimmungsergebnis muss mindestens eine Stimme über die Hälfte aller Bundestagsmitglieder liegen (vgl. http://www.bundestag.de/service/glossar/A/abs_mehrheit.html), so wird der erwählte sofort vom Bundespräsident akzeptiert. Der Bundestag wird aufgelöst, wenn der Vorgeschlagene nur eine einfache Mehrheit im zweiten Wahlgang erhoben, aber der Bundespräsident das nicht akzeptiert hat.

Die Amtsdauer des Bundeskanzler kann in spezifischen Fällen vorzeitig enden. Wenn das der Fall ist, bedeutet es auch, dass die Minister die Ämter verlieren werden. Nur 3 Mal in der neueren deutschen Geschichte wurde der Bundestag nach dem Misstrauensvotum aufgelöst – die Bundeskanzler Willy Brandt in 1972, Helmut Kohl in 1982 und Gerhard Schröder in 2005 haben einen negativen Ausgang der Vertrauensfrage bekommen. (vgl. Marschall, 2011, S.161) Die Verfassung sieht kein Selbstauflösungsrecht des Bundestage vor.

"Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung. Innerhalb dieser Richtlinien leitet jeder Bundesminister seinen Geschäftsbereich selbständig und unter eigener Verantwortung. Über Meinungsverschiedenheiten zwischen den Bundesministern entscheidet die Bundesregierung. Der Bundeskanzler leitet ihre Geschäfte nach einer von der Bundesregierung beschlossenen und vom Bundespräsidenten genehmigten Geschäftsordnung. (Buse, 2001, S.45)

Diese Richtlinien die den Bundeskanzler und das Kabinett binden, kann man noch kleiner einteilen, nämlich die politischen und rechtlichen Richtlinien. Die ersten bestimmen den Leitfaden für die Arbeit der Regierung, z.B. die Regierungserklärungen. Die rechtlichen Richtlinien werden als konkrete Entscheidungen vom Bundeskanzler verstanden, z.B. die Regelung bestimmter grundsätzlicher Fragen. Der Bundeskanzler organisiert und leitet die Arbeit der Bundesregierung in spezifischen Kollegium, den sogenannten Kabinettsitzungen welche regelmäßig stattfindet. Daraufhin legt der Bundeskanzler die Zahl der Bundesminister und ihre Kompetenzen fest. Diese Organisationsgewalt ist völlig autonom vom Bundestag.

Die Funktionalität des Bundeskanzlers beschreiben die drei Arenen, wo er sich bewegen kann: 1) die parlamentarische Arena – dort hat der Kanzler, dank der Mehrheit, eine starke Möglichkeit der Machtausübung, 2) die parteipolitische Arena – die innerliche Parteiunterstützung ist für den Kanzler lebenswichtig, da das Spiel- und Gestaltungsräume für ihn öffnen kann, 3) die Medienarena – die Öffentlichkeit wird durch die Medien geprägt, was der Regierungschef nutzen kann, obwohl das auch schlechte Auswirkungen geben kann, da er in einer Abhängigkeit der Medien geraten kann. (vgl. Marschall, 2011, S.168)

3.2. Lettischer Ministerpräsident

Der Ministerpräsident in Lettland ist die drittwichtigste politische Figur nach dem Präsidenten und der Vorsitzenden der Saeima. Aber meistens derjenige der den

Namen des Landes in der Welt tragen muss, ist auf den Schultern des Ministerpräsidenten gelegt. Der Ministerpräsident, sowie auch in Deutschland, bestimmt die allgemeinen Richtlinien der Regierung und ist verantwortlich für eine erfolgreiche und für die Entwicklung des Staates gerichtete Arbeit. Das Ministerkabinet wird von Ministern, die von dem Ministerpräsidenten eingeladen werden, gebildet. Die Verfassung Lettland besagt, dass "die Zahl der Minister und deren Zuständigkeit, sowie auch die gegenseitigen Beziehungen der Behörden vom Gesetze bestimmt werden" (Verfassungen, 2007). Das Lettland-Institut das für Information über Lettland im Ausland sorgt, informiert, dass der Ministerpräsident nicht nur seine Minister nach einem Vertrauensvotum der Saeima ernennen kann, sondern auch viele andere wichtigen Ämter, welche auch die Verfassung besagt, wie z.B.:

Staatsminister (nach dem Vertrauensvotum der Saeima);

Parlamentarische Staatssekretäre der Ministerien (auf Empfehlung der entsprechenden Minister);

Einen stellvertretenden Ministerpräsidenten;

Einen Leiter des Büros des Ministerpräsidenten und Berater des Ministerpräsidenten. (Latvia, 2012, Lettland-Institut)

Die politische Logik besagt, dass die Regierungsbildung der Partei, die die meisten Sitze bekommen hat, anvertraut wird. Aber in Lettland hat die Partei *Saskaņas Centrs* (Zentrum der Harmonie) die letzten vier Wahlen in Lettland gewonnen, aber war kein Mal ein Bestandteil der Regierung. Der Ministerpräsident leitet die Ministerkabinettsitzungen, welche auf dem Kollegialitätsprinzip funktionieren. In diesen Sitzungen werden die Aufgaben für die Zukunft getroffen, sowie auch über die jetzige Situation im Lande gesprochen, sowie auch ausschlaggebende Entscheidungen realisiert, welche das ganze Land betrifft. Weitergehend werden auch andere für das Kabinet wichtige Kompetenzen angenommen: "Dokumente zur Planung der weiteren Politik, externe und interne Rechtsakten, Erlasse des Ministerkabinetts, informative Verlautbarungen, nationale Positionen und offizielle Standpunkte des Staates" (Latvia, 2012, Lettland-Institut). Wenn das Kabinet irgendwelchem Beschluss zugestimmt hat, wird das in der offiziellen Zeitung "Latvijas Vēstnesis" veröffentlicht. Ein wichtiger Punkt für das angeschaute Thema ist der Punkt des Zurücktretens. Auf der offiziellen Seite des Ministerkabinetts können wir folgenden Gesetz lesen: 'wenn der Ministerpräsident zurücktritt, informiert er die Vorsitzende der Saeima und den Präsidenten [...]. Der Ministerpräsident der ohne ein Vertrauensvotum zurückgetreten ist, leisten die Arbeit weiter so lange, bis ein Nachfolger vom Präsidenten Preis gegeben und vom Parlament akzeptiert ist.' (MK, 2014, Staatskanzlei)

3.3. Deutscher Bundespräsident

Über eine Parlamentsauflösung kann man schlecht ohne die wichtigste politische Figur nicht nur in Deutschland, aber in Lettland reden. Der Bundespräsident in Deutschland ist die leitende, aber nicht die mächtigste Person im Lande. Die Verfasser der Verfassung haben speziell den Bundespräsident schwächer als die parlamentarische Regierung gestellt, um eine zu große Machtkonzentration zu vermeiden. In anderen Länder, wie die USA, wird der Präsident direkt vom Volk gewählt, der dann gleichzeitig der Regierungschef ist. In Frankreich, wird der Präsident auch von der Gesellschaft gewählt und hat weitreichende Kompetenzen neben der Regierung.

Historisch gesehen kann man über eine erste Demokratie und die Macht des Präsidenten in der Weimarer Republik sprechen. Doch auch dort, wenn wir den Text der Verfassung anschauen, gab es Probleme, da die demokratische Machtausübung vom Parlament nicht durchgesetzt worden ist. Stattdessen, gab es "allemaal in den letzten Jahren der Weimarer Republik, ein "präsidiales" Regime". (Marschall, 2011, S.177). Wir können nicht vergessen, dass die Macht vor der Weimarer Republik in den Händen des Kaisers lag. Jetzt wurde ein neuer Spieler neben dem Parlament gesetzt, der für 7 Jahren gewählt worden ist. Der Bundespräsident konnte nicht nur das Parlament (den Reichstag) auf eigene Initiative auflösen, sondern auch den Kanzler ernennen oder entlassen. Die Funktion des obersten Befehlsherrn der Streitkräfte war ein Bestandteil schon am Anfang des 20.Jahrhunderts (Siehe - die Weimarer Republik existierte vom Jahre 1918 bis 1933). Doch der wichtigste Punkt, was heutzutage abgeschafft ist, war der Artikel 48 der Weimarer Republik, das besagt hatte, dass der Reichspräsident "Notverordnungen" ohne die Zustimmung des Reichstags erlassen konnte. Das führte dazu, dass der Reichspräsident zu große Macht besaß, da er einfach die Parlamente hintergehen, aber auch in jedem Moment den Regierungschef entlassen konnte. Dass die nicht richtige Machtausübung, was auch zu der Machtübernahme der Nationalsozialisten geführt hat, ausschlaggebend für das heutige Deutschland war, betont auch Marschall:

"Für die Ausgestaltung der Bundespräsidentenrolle durch die Verfassung des Grundgesetzes waren die Weimarer Erfahrungen jedenfalls prägend. So wirkt das Staatsoberhaupt der zweiten deutschen Demokratie in vielerlei Hinsicht wie ein bewusste Gegenbild zum Weimarer Präsidenten." (Marschall, 2011, S.178)

Um einer ähnlichen Situation nach dem Zweiten Weltkrieg zu flüchten, wurde die Verfassung reorganisiert, darunter auch viele Felder, welche den Spielraum des Bundespräsidenten prägen. Es ist wichtig, wie die, theoretische gesehen, stärkste politische Figur eingewählt wird. Die Richtlinien für die Wahl des Bundespräsidenten, sind im Artikel 54 der Verfassung geregelt. Der heutige Auswahl- und Wahlprozess zeigt einen großen Unterschied zur Weimarer Republik. Zum einen wird der Bundespräsident von einem Speziellen Bundesorgan, der Bundesversammlung gewählt. Nach der offiziellen Seite des deutschen Parlaments ist die Bundesversammlung " die größte parlamentarische Versammlung der BRD. In der Regel tritt die nur alle fünf Jahre zusammen, wo alle Bundestagsabgeordneten und die Vertreter der Bundesländer den Bundestagspräsidenten wählen" (<http://www.bundestag.de/bundesversammlung>). Auf der Bundesländer Ebene, ist es möglich sehr bekannte Schauspieler, Sportler oder Künstler zu nominieren, da die Landesparlamente das autonom entscheiden können.

Um eingewählt zu werden, muss der Kandidat die absolute Mehrheit von den Abgeordneten bekommen. Theoretisch, kann jeder deutsche Staatsbürger, der mindestens 40 Jahre alt ist, kandidieren. Doch in der Realität waren alle bisherigen Bundespräsidenten Parteimitglieder einer Partei, die im Bundestag präsent war. Der Vorschlag für eine Nomination wird von einem Abgeordneten der Bundesversammlung gestellt. Meistens wird der Bundespräsident in den ersten zwei Runden gewählt, doch wenn es doch bis zur dritten, der letzten, Runde gehen müsste, braucht der Kandidat eine relative Mehrheit. Da keine Partei eine Mehrheit, praktisch, besitzen kann, werden "Koalitionen", wie auch im Parlament gebildet. Die Wahl ist verdeckt, also kann niemand wissen wie welcher Abgeordneter gestimmt hat. Die Verfassung sieht auch nach dem Artikel 61 die Entlassung des Bundespräsidenten durch das Bundesverfassungsgericht vor. Ein selbständiger Rücktritt ist auch möglich. Dieser Rücktritt bedeutet nicht den Fall der Regierung, Auflösung des Parlaments und Aufruf für Neuwahlen, wie das der Fall in Lettland ist.

Obwohl, der Bundespräsident fast nur eine repräsentative Rolle spielt, fügt der über viele Aufgaben und Kompetenzen. Die Funktion des Bundespräsidenten ergänzt
Marschall weiter:

außen "Der Bundespräsident erfüllt die Aufgaben des Staatsoberhauptes: die Repräsentation nach und innen. Der Präsident vertritt die Bundesrepublik Deutschland völkerrechtlich. Er ist es, der Verträge mit anderen Staaten unterzeichnet, die von der Regierung politisch ausgehalten worden

sind. Er nimmt die Akkreditierung der Botschaft vor und empfängt Staatsgäste mit militärischen Ehren. Nach innen hat er das Begnadigungsrecht, er verleiht Orden und Ehrenzeichen. Er kann auch die Verwendung der Staatssymbole, sowie Staatsakte und Staatsbegräbnisse anordnen." (Marschall, 2011, S.184-185)

Nach den oben genannten Pflichten und Ausgaben, können wir sehen, dass die Machtausübung auf die politischen Prozesse im Parlament nicht bestehen. Der Präsident kann sich über die politische Lage äußern, aber praktisch nicht Druck auf den Regierungschef ausüben. Doch man muss im Hinterkopf behalten, dass der Präsident immer die Möglichkeit hat ein Gesetz nicht zu unterschreiben, was automatisch das Zurückschicken und nochmaliges Durchschauen im Bundestag bedeutet. In einer Systemkrise spielt der Bundespräsident am Ende doch eine führende politische Rolle. In diesem Falle spielt der Bundespräsident eine Rolle des Krisenmanagers, da er "im Falle eines Antrags des Bundeskanzlers auf Parlamentsauflösung infolge einer fehlgeschlagenen Vertrauensfrage" (Schmidt, 2010, S.176), selbst entscheiden muss, ob er das Parlament auflösen wird, oder weiter die instabile Regierung arbeiten lässt.

3.4. Lettischer Präsident

Auch in Lettland, sowie in Deutschland ist der Präsident das Staatsoberhaupt, wobei die Funktion und Auswahl des Präsidenten ausschlaggebend anders als in Deutschland ist. Wir müssen immer im Gedächtnis halten, dass Lettland nur 1918 als ein unabhängiger Staat zu existieren angefangen hat.

Die Ordnung im neu gegründeten Land wurde durch Nationalversammlungen begründet und demnach haben sich die Abgeordneten auf das Modell der demokratisch-parlamentarischen Republik geeinigt. Im Jahre 1922 wurde die Verfassung, basierend auf anderen in Europa existierenden Verfassungen, angenommen. Die größten Probleme hat die Rechtsgebung des Präsidenten beinhaltet. Eine Seite der Abgeordneten hat die Meinung unterstützt, dass man so einen Amt wie Präsident nicht braucht. Das wäre das selbe wie ein Monarch und könne nicht ein Bestandteil der Demokratie werden. Die andere Seite war für einen Präsidenten mit weitreichenden Rechten, der vom Volk gewählt werden soll. Doch am Ende haben sich beide Parteien geeinigt, dass der Präsident für 3 Jahren mit einer Mehrheit vom Parlament gewählt werden kann. (vgl. Sprüde, 2012, LA)

Die Verfassung, auch als das oberste Gesetz genannt, konnte nur eine kleine Periode arbeiten, da 1934 in Lettland eine Diktatur eingeführt worden ist, aber nach dem

Zweiten Weltkrieg bis zum Jahre 1990 besetzt von der Sowjetunion blieb.

Theoretisch kann man auch in Lettland, ähnlich wie in Deutschland, jede Person die mindestens 40 Jahre alt ist, keine Doppelbürgerschaft besitzt und aufweisen kann, dass er kein ehemaliger KGB-Offizier oder Agent gewesen ist, zum Präsident gewählt werden. Der Präsident wird vom Parlament für vier Jahre gewählt und muss eine relative Mehrheit bekommen.

Der Präsident spielt eine sehr wichtige Rolle in Lettland. Der Präsident fügt nicht nur über innere, sondern auch äußerliche Funktionen, welche den Staaten in der internationalen Gesellschaft prägen. Das erläutert auch Vaičaitis:

"Die wichtigsten Rechte des Präsidenten liegen im Bereiche der Außenpolitik und der Verteidigung. Der Präsident entscheidet grundlegende außenpolitische Fragen, repräsentiert den Staat nach außen, unterzeichnet internationale Verträge und Abkommen, benennt Botschafter, vergibt diplomatische Grade und Titel und nimmt die Akkreditierungsschreiben ausländischer Diplomaten entgegen. Der Präsident hat das Recht, die Staatsbürgerschaft zu gewährleisten, staatliche Auszeichnungen zu verleihen und verurteilte Straftäter zubegnadigen."(Vaičaitis,2012,S.163)

Da der Präsident auch der Oberbefehlshaber der Streitkräfte ist, muss er sehr eng mit den Ministern der Verteidigung und Außenpolitik zusammen fungieren. Der Präsident muss zusammen mit der Regierung die Richtlinien der Verteidigungs- und Außenpolitik verhandeln. Alle vorgeschlagenen und akzeptierten Gesetzdekrete vom Parlament, müssen vom Präsident unterzeichnet werden. Der Präsident ist also die Person der die Verkündung der Gesetze durchführt. Wenn das nicht passiert wird diese Gesetzgebung zurück für ein neues Durchschauen und Verbesserung geschickt.

Der Präsident, ähnlich wie in Deutschland, "ernennt nach den Parlamentswahlen den Premierminister mit der Zustimmung der Mehrheit des Parlaments sowie die Kabinettsmitglieder auf Empfehlung des Premierministers" (Vaičaitis, 2000, S.164). Der Präsident kann starken Einfluss auf die Regierung ausüben, da der immer das Recht behaltet das Parlament auf eigene Initiative aufzulösen. Das ist nach der lettischen Verfassung im Artikel 48 festgehalten. Daraufhin folgt ein Referendum, wo die Mehrheit der Beteiligten für die Entlassung sprechen muss. Danach müssen innerhalb von 2 Monaten Neuwahlen stattfinden. Wenn das Referendum scheitert, muss der Präsident zurücktreten und das Parlament für einen neuen Kandidat entscheiden. Das ist noch ein Unterschied im politischen System Lettlands zu Deutschland.

4. BESCHREIBUNG DER PARLAMENTS AUFLÖSUNGEN

Im Jahre 2011 gab es die erste legale Parlamentsauflösung in der Geschichte Lettlands, da die von Ulmanis im Jahre 1934 gegen der Verfassung Lettlands war. In Deutschland eignete sich das im Jahre 2005 unter Leitung von Schröder. Um das Ziel der Arbeit zu erreichen, muss man die Parlamentsauflösungen näher betrachten, um die Feldtheorie in Praxis zu verstehen, aber auch wieso und wie es zu einer Parlamentsauflösung in einem Land kommen kann.

4.1. Parlamentsauflösung in Deutschland 2005

Im Jahre 2005 trat der damalige Bundeskanzler Schröder zurück. An der Stelle von ihm trat die jetzige Kanzlerin Angela Merkel. 2005 wurde nur zum dritten Mal in der Geschichte Deutschlands das Parlament aufgelöst. Wie ist dazu gekommen? Die Wahlen von 2002 haben folgenden Sitzverteil aufgezeigt - 'Die SPD hat in den Wahlen 251, die Grünen 55 Sitze bekommen, die immer starke CDU schnitt mit 248 Sitzen ab.' (www.wahlrecht.de). Nachdem wurde Gerhard Schröder, der aus der SPD kommt, zum Bundeskanzler, in einer Koalition mit dem Bündnis 90/Grüne, gewählt. Vor den Wahlen versprach Schröder 'innenpolitisch Reformen vorzunehmen, etwa beim Steuersystem und beim Staatsangehörigkeitsrecht' (www.bundestkanzlerin.de). Doch innenpolitisch hatte Deutschland ein großes Problem der Arbeitslosigkeit, die immer, seit 2003, gewachsen ist. Schröder versuchte mit der Hilfe von Reformen, mit der Agenda 2010 die Situation zu lösen. Diese Agenda beinhaltete 'die Abschaffung des vollen Arbeitslosengeld, doch gleichzeitig wurde aber auch die Betreuung der Menschen verbessert, die sich um einen Job bemüht haben' (www.bundestkanzlerin.de). Obwohl er sogar Kritik von den Parteimitgliedern bekommen hat, haben die 'Arbeitgeber und weite Teile der Oppositionsparteien die Agenda 2010 hingegen als "Schritt in die richtige Richtung" bezeichnet' (www.dw.de). Über die Reformart wurde viel gestritten und diskutiert – diese Reformen, auch als "Hartz – Reformen" bekannt, trugen dazu, dass die SPD folgend viele Landtagswahlen verloren hat.

Nach der Niederlage auch in Nordrhein – Westfalen im Mai 2005, sah sich Schröder in der Ecke, da mit diesen Wahlen die rot-grünen die letzte Koalition auf der Landesebene verloren haben. Die Kritik nicht nur von den politischen Opponenten, aber auch

Mitgliedern der eigener Partei, hat dazu geführt, dass Schröder keine stabile Mehrheit in der eigenen Regierung demonstrieren konnte. Schröder sah Neuwahlen als die einzige taktische Möglichkeit die Macht weiter üben zu können. Doch der Politikwissenschaftler Felix Neumann sieht die Förderung zu Neuwahlen nicht als eine Taktik, da 'die vorgezogenen Neuwahlen für Gerhard Schröder nicht ausgezahlt haben, denn er knapp die Mehrheit zur Fortsetzung seiner Regierung verfehlt hat' (Neumann, 2009, S.13). Auf der anderen Seite betont der Historiker Eckhard Jesse, dass auch dieser Schritt 'die Koalition 2005 durch das waghalsige Manöver verzogener Neuwahlen nicht retten konnte' (Jesse, 2006, S.10). Gerhard Schröder stellte seine eigene Vertrauensfrage im Bundestag am 1.Juli 2005 vor:

"Die entscheidende Frage lautet also: Kann der Bundeskanzler noch des stetigen Vertrauens der Mehrheit des Hauses sicher sein? Denn die drängenden Probleme unseres Landes, die Fortsetzung der begonnenen Reformen, die Krise der Europäischen Union, die Herausforderungen der Globalisierung und die Gefahren für Frieden, Sicherheit und Stabilität in unserer einen Welt dulden keinen Zustand der Lähmung oder des Stillstandes." ([www.http://gerhard-schroeder.de/](http://gerhard-schroeder.de/))

Die Vertrauensfrage scheiterte und das Parlament wurde von dem Bundespräsidenten Horst Köhler aufgelöst:

"Der Bundeskanzler hat am 1.Juli vor dem Bundestag deutlich gemacht, dass er mit Blick auf die knappen Mehrheitsverhältnisse keine stetige und verlässliche Basis für seine Politik mehr sieht. Ich habe die Beurteilung des Bundeskanzlers eingehen geprüft. Doch ich sehe selber keine andere Lagebeurteilung, die der Einschätzung des Bundeskanzlers eindeutig vorzuziehen ist". (Neumann, 2009, S.13)

Schröders Absicht eine stabile, mit einer Mehrheit stützende Koalition auch nach den Wahlen im folgenden Herbst zu bilden, hat sich nicht realisiert. Mit diesem Zug hat Schröder die Definitionsmacht verloren, obwohl er gehofft hat, dass es er auch nach Wahlen der Bundeskanzler sein wird.

Die politische Machtausübung der beiden höchsten politischen Figuren in Deutschland haben die Situation maßstäblich verändert. An die Macht kam Angela Merkel aus der CDU, und damit betont Jesse, dass '15 Jahre nach der deutschen Einheit ereigneten sich damit drei Neuheiten: Der Regierungschef, der mit 51 Jahren noch nie so jung war, ist eine Frau und kommt aus dem Osten des Landes' (Jesse, S.21)

4.2. Parlamentsauflösung in Lettland 2011

Das Jahr 2011 hat für die Gesellschaft Lettland eine neue, noch niemals zuvor gewesene Herausforderung gebracht - zum ersten Mal hat der Präsident Lettlands das von der Verfassung gegebene Recht benutzt und das Parlament aufgelöst. Demnächst folgte ein Referendum, welches gezeigt hat, was das Volk endgültig gewollt hat. Wenn die Gesellschaft gegen die Idee des Präsidenten gestimmt hätten, hätte das Parlament weiter arbeiten können, aber der Präsident muss automatisch zurücktreten. Die gestellte Frage im Referendum war folgend: "Sind Sie für die Entlassung des 10. Parlaments (Saeima)?" Die Wahlaktivität betrug 44,73% und für die Entlassung der Saeima haben 650 518 Personen oder 94,3 Prozent gestimmt. Dagegen waren 37 829 Personen oder knapp 5,45 Prozent. (www.cvk.lv, S.3). Nach dem Referendum wurden Neuwahlen am 17. September 2011 organisiert.

Nach der Verfassung wird der Präsident von Lettland vom Parlament gewählt. Dafür benötigt er eine reguläre Mehrheit. Am 31. Mai 2007 wurde Valdis Zatlers mit 58 Stimmen gewählt. Die Präsidentschaft von einer Person kann maximal zwei Termine nach einander andauern, deshalb schloss die ehemalige Präsidentin Vaira-Vīķe Freiberga nach 8 Jahren intensiver Arbeit, ihre Präsidentschaft ab. Nach dem Einwählen hat der neue Präsident Zatlers geäußert, dass er 'viel Kraft einsetzen wird um die Einheit der baltischen Staaten zu stärken' (www.am.gov.lv). Die damalige Regierung bildeten 4 Parteien – die 'Volkspartei' (Tautas partija), 'Für das Vaterland und Freiheit/LNNK' (Tēvzemei un Brīvībai/LNNK), 'Erste Partei Lettlands/Der Weg Lettlands' (Latvijas Pirmā partija/Latvijas ceļš), und 'Das Bündnis der Grünen und Bauern' (Zaļo un zemnieku savienība- ZZS).

Doch in der Gesellschaft gab es große Diskussion über die Neutralität des Präsidenten. Die einen waren überzeugt, dass die lettischen Oligarchen -

"die angeblichen drei Oligarchen Lettlands Andris Šķēle, Aivars Lembergs und Ainārs Šlesers, können auch Macht auf das Parlament ausüben, obwohl sie nicht mal im Parlament gewählt sind. (Delfi, 2011)

aus der Volkspartei, den Grünen und vom Weg Lettlands eine zu große Macht über Zatlers besaßen. Dazu wurde viel über den Einigungsort der Präsidentschaft, den Zoo in Riga, diskutiert. Nach diesem Ort sind viele Anekdoten in der Bevölkerung etabliert worden. Obwohl Zatlers, in seiner folgenden 4 jährigen Präsidentschaft viel für die Bekämpfung der Korruption getan hat, hat er "das Vertrauen der Gesellschaft, dass die

Bekämpfung der Korruption eine wichtige und prinzipielle Frage für ihn gewesen ist, nicht erzwungen" wie die politische Analytikerin Līga Stafecka betont (www.deputatiuzdelnas.lv). Noch bis zum Mai 2011 hatte sich Zatlers nicht gegen die Oligarchen geäußert.

2010 gab es neue Wahlen und an der Macht kam die "Einigkeitspartei" (Vienotība). Obwohl die Partei vor den Wahlen deklariert hatte, dass die sich für eine "ehrliche, offene und von Oligarchen frei Politik einsetzen wird" (www.deputatiuzdelnas.lv), hat die Einigkeitspartei gerade eine Regierung mit den Grünen gebildet, die von einem Oligarchen gesteuert wird. Die Situation eskalierte völlig, als am 25.Mai 2011 die Saeima einen Abgeordneten in einer Abstimmung von der Kriminalverfolgung gerettet hat. Nach der Verfassung hat jeder von den 100 Abgeordneten in der Saeima eine Immunität und für die Auslieferung oder Bestrafung braucht man immer die Mehrheitsunterstützung der Saeima. Mit diesem negativen Beschluss, dass dem Büro für Korruptionsverhütung und - Bekämpfung eine sanktionierte Durchsuchung des Hauses und Unternehmen vom angeblichen Oligarchen Šlesers nicht erlaubte, fing ein Großteil der Gesellschaft die Saeima stark zu kritisieren.

Zwei Tage nach diesem Beschluss, am 28.Mai 2011, hat sich Zatlers entschieden die Saeima zu entlassen. Er betonte in einer emotionalen Fernsehansprache, dass "die Saeima-Mehrheit die Opfer der Bevölkerung im Gefolge der Finanzkrise nicht ernst nimmt und legitime Rechte politisch manipuliert" (www.sz-online.de) Die Auflösung des Parlamentes erlaubt der Artikel 48 der Verfassung Lettlands.

"Dem Staatspräsidenten steht das Recht zu, die Auflösung des Seimas zu beantragen. Hernach erfolgt eine Volksabstimmung. Ist in der Volksabstimmung mehr als die Hälfte der Abstimmenden für die Auflösung des Parlaments, so ist das letztere als aufgelöst zu betrachten und eine Neuwahl ist nicht später als in zwei Monaten nach der Seimasauflösung anzuberaumen." (Verfassungen, 2007)

Der Präsident hat betont, dass die bestehende Saeima "für einen Interessenkreis von Personen arbeitet, nicht für das Volk. Viele Leute haben diese Entscheidung mit Blumen am Schloss des Präsidenten begrüßt, doch die Politikanalytiker betonen, dass "diese Entscheidung nicht prinzipiell gewesen ist. Viel mehr wird es mit dem Willen Zatlers in der Politik auch nach der Präsidentschaft zu bleiben, erklärt. Die Entlassung der Saeima kann ein guter Startpunkt für die Gründung einer neuen politischen Macht sein." (www.deputatiuzdelnas.lv). Nur eine Woche nach der Entlassung der Saeima gab es überall in Lettland eine improvisierte 'Beerdigung der Oligarchen'. Das Ziel dieser Aktion war " die Meinung der Gesellschaft gegen das System in Lettland zu ändern. Die

Gesellschaft soll die Initiative selbst ergreifen, und alle müssen mithelfen, damit eine stabile, aber das Wichtigste, eine ehrliche Zukunft des Landes gebildet werden kann". (www.tvnet.lv).

Die 'Zentrale Wahlkommission' (CVK) hat das Referendum auf den 23.Juli 2011 gestellt. In dieser Zwischenzeit bis zum Referendum haben sich viele wichtige Personen über den Beschluss von Zatlars geäußert. So z.B. hat der ehemalige Staatsminister für Verteidigung der Gesundheit P.Apinis den Beschluss als "ein Akt der Lettland viele Jahre zurück geworfen und nichts Gutes für das Land gebracht hat", beschrieben (www.apollo.lv). Auf der anderen Seite hat sich der damalige Ministerpräsident und die Leiterin der Saeima folgend geäußert: "Es gab keine Möglichkeit eine andere Regierung zu bilden, aber in dieser, können wir nicht normal Arbeiten. Wir sehen, dass das Land wegen so einer Situation stagniert und wir können nicht überzeugt sein, dass die Saeima überhaupt eine Frage in dieser Zeit lösen kann. Wir müssen den Einfluss der Oligarchen enden, dazu ist die Entlassung der Saeima in diesem Moment das bestmögliche Szenarium." (www.kasjauns.lv)

5. ANALYSE NACH PIERRE BOURDIEU

Um die Analyse durchführen zu können, muss man nochmals die Feldtheorie im jedem Land gesondert betrachten. Für die Ausführung der Analyse habe ich die drei, meiner Meinung nach, wichtigsten Bestandteile der Feldtheorie gewählt. Diese sind folgende - die Definitionsmacht, Distinktions oder Feldkämpfe und das Kapital. Für jeden von den benannten Bestandteilen werden konkrete Beispiele aus der politischen Situation Lettlands und Deutschlands im Falle der Parlamentsauflösung, gegeben. Die wichtigsten Personen die die Feldtheorie und die Analyse in dieser Arbeit prägen, sind im Falle Deutschlands der Bundespräsident Köhler, Bundeskanzler Schröder und die Vorsitzende der CDU, der stärksten Oppositionspartei vor der Parlamentsauflösung – Frau Angela Merkel. Im Falle Lettlands ist es der Präsident Zatlers, der Ministerpräsident Kalvītis/Dombrovskis und die drei sogenannten lettischen Oligarchen – A.Šķēle, A.Lembergs, A.Šlesers.

5.1. Analyse der deutschen Parlamentsauflösung mittels der Feldtheorie

Regierungschef war 2005, nach dem erneuten Wahlsieg 2002, Gerhard Schröder. Er hat zum zweiten Mal nacheinander eine rot – grüne Regierung gebildet. Jedoch musste das 2002 gewählte Parlament seine Arbeit vor Ende der Legislaturperiode beenden. Schröder hatte am 27.Juni 2005 gegenüber dem Bundestag die "Vertrauensfrage" gestellt. Da der Kanzler zu Fortführung seiner Regierungsarbeit nicht die erforderliche Mehrheit erlangte, beantragte er beim Bundespräsidenten die Auflösung des Parlamentes. Bundespräsident Köhler kam dem Ersuchen nach und löste den Bundestag am 21.Juli 2005 auf.

In diesem Falle steht Schröder mit dem Bundespräsidenten Köhler im Zentrum des Feldes, das heißt, er kann die Macht oder Richtung der Politik definieren. Gerhard Schröder war ein Exponent der deutschen Sozialdemokratie. Das ist einer der wesentlichen Punkte, der die Definitionsmacht Schröders beschreibt. Schröder hat seine Regierungspolitik nach sozialdemokratischen Prinzipien ausgerichtet.

"Die Sozialdemokratie ist im 19.Jahrhundert innerhalb der Arbeiterbewegung entstandene politische Parteirichtung, die die Grundsätze des Sozialismus und der Demokratie gleichermaßen zu verwirklichen sucht" (www.duden.de)

Die Anhänger der Sozialdemokratie sind überzeugt, dass der Sozialismus und

die Demokratie eine untrennbare Einheit bilden. In der Zeit seiner Kanzlerschaft hat sich Schröder an diesen Vorstellungen orientiert, obwohl man ihn auch manchmal als den Kanzler des "sozialdemokratischen Pragmatismus" bezeichnete, dass die "Modernisierung der Wirtschaft, ökologische Vernunft, soziale Gerechtigkeit und kulturelle Vielfalt" (www.hdg.de) beinhaltet. Nach diesen Worten kann man die Richtung der Politik deutlich sehen. Schröder hat definiert, dass sich die Wirtschaft ändern muss. Aber nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Menschen, die die Wirtschaft bilden. So erklärt die SPD, unter der Leitung von Schröder, dass die Modernisierung der Wirtschaft 'nicht durch höhere Sozialleistungen, sondern durch mehr Wettbewerb, der nicht nur auf den Güter- und Arbeitsmärkten, sondern in allen gesellschaftlichen Bereichen bis hin zum Bildungswesen wirken müsse.' (www.zeit.de) Das bedeutet eine neue Sichtweise in Bezug auf die Politik, die Gesellschaft und die Wirtschaft Deutschlands. Die Menschen die Arbeiten, müssen zuerst eine gute Bildung bekommen, aber das ist nicht immer der Fall. Die Menschen die sich nicht selbst verwirklichen können, weil die im System verloren gehen, werden weiter von der Wirtschaft aufrecht gehalten. Das wollte Schröder ändern. Eine starke Wirtschaft beinhaltet gebildete Menschen, aber ohne Fachleute kann es keine starke Wirtschaft geben. Schröder hat dies in einer Rede betont

"Die SPD steht für das Recht auf Teilhabe am Haben und am Sagen in unserer Gesellschaft. Nicht die wenigen oben sollen bestimmen, sondern alle sollen mitbestimmen – in der Gemeinde, im Betrieb, in der Gesellschaft. Dafür steht die SPD und dafür steht vor allem unsere Bildungspolitik. Die Bildungspolitik der SPD hat mir persönlich die Chance auf meinen beruflichen Aufstieg ermöglicht." (www.gerhard-schroeder.de/)

Schröder hat auch die Macht der damaligen Regierung mit der ökologischen Vernunft definiert. Dies beinhaltete das Zusammenwirken der Wirtschaft und der Umwelt. Wenn sich die Menschen um Umwelt sorgen, bedeutet es eine Schaffung neuer Arbeitsplätze. So bilden moderne, umweltfreundliche Technologien, wie z.B. die Herstellung und der Einsatz von Solarzellen, nach den den Worten von SPD-Politikern, einen "internationale[n] und wichtige[n] Zukunftsmarkt (vgl. www.spd-fraktion-niedersachsen.de/) sein wird. Das Zusammenspiel von Natur und Mensch kann die Wirtschaft stärken, was allerdings auch bedeutet, dass die Sozialpolitik im Lande besser werden kann. Die soziale Gerechtigkeit beinhaltete nicht nur Reformen im Steuern- und Krankenwesen, sondern auch im Bereich der Arbeitslosigkeit. Schröder versuchte die oberen und unteren Schichten einander näher zu bringen, das heißt, die soziale Spaltung

der Gesellschaft in Deutschland so klein, wie möglich zu halten. Um diese Reformen durchführen zu können, war es für Schröder von Vorteil, dass er gute Bekanntschaft zu den Führern der größten Unternehmen Deutschlands gehabt hat. Nicht zuletzt deshalb wurde Schröder gern ironisch als der 'Genosse der Bosse' (www.manager-magazin.de) bezeichnet.

Im Folgenden kommen wir zur Realisierung dieser Absichten - zu den Distinktions/Feldkämpfen. Schröder befindet sich mit seiner Regierung in der Mitte des Feldes, was ihm die Macht gibt. Aber er und seine Regierung unterscheiden sich von anderen Akteuren des Spiels, da die Regierung spezifische und völlig andere Ziele, als die Opposition verfolgt. Gerade diese Kämpfe und die zuvor definierte Macht, haben dazu geführt, dass das Parlament aufgelöst wurde. Schauen wir uns die vier wichtigsten Punkte an, die die Regierung von der Opposition unterschied und daher für Konflikt gesorgt hat.

Die Kernreform war die komplette Veränderung des Sozial- und Wirtschaftssystems mit der *Agenda 2010*. Im Jahr 2003 sah sich Deutschland in einer schwierigen Situation da die Arbeitslosigkeit nicht abnehmen wollte. Noch bevor dem Anfang der Reform, hat sich Schröder über die Ausführung der Reform geäußert:

“Unsere Agenda 2010 enthält weitreichende Strukturreformen. Diese werden Deutschland bis zum Ende des Jahrzehnts bei Wohlstand und Arbeit wieder an die Spitze bringen. Dadurch werden die Gerechtigkeit zwischen den Generationen gesichert und die Fundamente unseres Gemeinwesens gestärkt.”

Mithilfe dieser Reform wurde das Sozialsystem in Deutschland verändert. Die von Schröder geführte Regierung hatte festgestellt, dass tiefgreifende Reformen unumgänglich waren. Durch die Reform wurde

"der Arbeitsmarkt flexibilisiert, die Sozialsysteme für die Beitragszahler bezahlbar gehalten und die Steuern für Arbeitnehmer und Unternehmen gesenkt. Zugleich erhöhten sich die Zukunftsinvestitionen in Forschung, Bildung und Kinderbetreuung."(www.gerhard-schroeder.de/)

Zwar führten die damaligen Reformen zu Entwicklungen, die der deutschen Wirtschaft auch heute noch zugutekommen, so schreibt die Regionalzeitung "Oberbayerisches Volksblatt", dass die 'Arbeitsmarktreformen die das Fundament für die wirtschaftliche Erholung des damaligen „kranken Mannes Europas“ bildeten, gleichzeitig jedoch stürzte die SPD in ein existenzielles Tief, von dem sie sich lange nicht erholt' (www.ovb-online.de). Dass gerade diese Reform am meisten Diskussionen

nicht nur innerhalb der deutschen Gesellschaft, sondern auch insbesondere in der SPD selbst geführt hat, kann man nicht verleugnen. Gerade wegen dieser Reform fand sich Schröder in einer schwierigen Situation, so hatte die SPD im Jahre 2005 viele wichtige Landtagswahlen verloren. Die Kritik innerhalb der Partei wuchs mit jedem Tag, woraufhin sich Schröder letztlich gezwungen sah im Parlament die Vertrauensfrage zu stellen, was zum Sturz der Regierung und der Auflösung des Bundestags führte.

In diesem Machtspiel oder , wie Bourdieu sie nennt "Spielräumen", gibt es immer einen Gegenspieler. Im politischen "Spiel" ist dies Opposition, im Falle der Regierung Schröder die CDU/CSU unter Angela Merkel, deren Tätigkeit nun näher betrachtet werden soll. Angela Merkel hat 2003 betont, dass die *Agenda 2010* nur "Trippelschritte in eine richtige Richtung aber sehr weit von einem Gesamtkonzept entfernt" (www.spiegel.de) sei. Die *Agenda 2010* war auch einer der Gründe, weshalb Deutschland auch unter der Eurokrise gelitten hat. Die Reform musste vom Staat finanziert werden, was wiederum bedeutete, dass die Verschuldung des Landes wuchs. In diesem Falle war diese Reform ausschlaggebend nicht nur für die Regierung, sondern auch für Deutschland insgesamt. Die ablehnende Stimmung gegenüber der Reform wurde von der Opposition im Wahlkampf 2005 nach der Parlamentsauflösung breit genutzt.

Der zweite Punkt beinhaltet das Militär. Gerade unter der Leitung von Schröder und der rot-grünen Regierung, hat sich Deutschland zum ersten Mal nach dem Zweiten Weltkrieg entschieden, bewaffnete deutsche Soldaten in eine Konfliktregion zu schicken. Das war der Einsatz in Kosovo im Jahre 1998/1999, wo die deutschen Soldaten als ein Bestandteil der NATO, für die Sicherung des Friedens in der Region mitgeholfen haben. Dies war nicht nur für deutsche Außenpolitik, sondern auch Innenpolitik wichtiger Wendepunkt. Deutschland sah sich als bedeutsamen Spieler in der Friedensdiplomatie von Europa. Mit diesem Beschluss bei der Krise in Kosovo teilzunehmen, hat Deutschland wieder die Initiative ergriffen um das militärische System der Welt zur Idee des Friedens und Menschenrechte aufrecht zu bewahren. Schröder selbst hat folgendes nach dem Einsatz Deutschlands in dieser Krise gesagt:

"Seit dem Kosovo-Konflikt engagiert sich die Bundeswehr verstärkt in globalen Einsätzen, was auch Ausdruck einer gewachsenen internationalen Verantwortung Deutschlands ist." (www.gerhard-schroeder.de/)

Man sollte denken, dass die Opposition mit der CDU, gegen einen Militäreinsatz gestimmt hat,, aber die schriftlichen Befragungen (siehe – www.graswurzelrevolution.de)

zeigen einen anderen Ausgang, nämlich, dass die Mehrheit der CDU für die Beteiligung an dieser Friedensoperation gestimmt haben. Der Spielraum der Unterschiede liegt zwischen Schröder und der CDU nur in der Art der Argumente. Auch dieses Argument löst Feldkämpfe aus. Die Rhetorik Schröders ist meistens stark, präzise und genau erklärt, aber die von der CDU – viel mehr der Versuchung alles so klein wie möglich der Gesellschaft zu erklären.

Noch ein anderer Aspekt, wo wir den Feldkampf um die Macht sehen können, war die Entscheidung Schröders, dass sich Deutschland nicht am Krieg gegen Irak beteiligen wird. Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001, hat sich Schröder einer von den schwierigsten Entscheidungen in seiner politischen Karriere stellen müssen. Das 'Nein' bedeutete nicht, dass Deutschland diese Tragödie ignorierte. Ganz im Gegenteil – in einem Interview betont Schröder, dass 'die Demokratien im Kampf gegen den internationalen Terrorismus zusammenstehen müssen' (www.bundeskanzlerin.de). Er verstärkt die Position Deutschlands in einer anderen Rede:

"Ich habe speziell unseren französischen Freunden gesagt und den anderen auch (...): Rechnet nicht damit, dass Deutschland einer den Krieg legitimierenden Resolution zustimmen wird. "
(www.mz-web.de)

Hier muss betonen, dass Deutschland unter der Leitung von Schröder beim Irakkrieg doch teilgenommen hat.

Mit dieser Position hat Schröder gezeigt, dass er nicht von seinen Prinzipien abrücken wird. Der Feldkampf über unterschiedliche Meinungen über eine Frage und in Verbindung damit auch das Streben nach Macht, wie das nach Bourdieu definiert, kann man auch in diesem Falle sehen. Merkel und die CDU haben herbe Kritik gegenüber dieser Entscheidung geäußert. Nach dem Beschluss von Schröder sagte Merkel, dass man "einen Punkt erreicht hatte, an dem Krieg unvermeidbar geworden war. Bei einem Nichthandeln wäre der Schaden noch größer gewesen." Noch vor dem Beginn des Irakkrieges, zeigte eine Umfrage, dass die Mehrheit der Deutschen gegen ein solches Vorgehen waren. Die Umfrage betonte, dass 71 Prozent der Deutschen in der Umfrage gegen den Einsatz deutschen Militärs im Irak und nur 26 Prozent dafür. Damit war die Ablehnung deutlich höher als in Großbritannien (47 Prozent) und in Frankreich (64 Prozent).' (www.spiegel.de) Diese Bevölkerungsstimmung in der Regierungszeit von Schröder war bestimmt nicht der Streitpunkt der Parlamentsauflösung und der nachfolgenden Niederlage in den Neuwahlen.

Der Aspekt, welcher von einer großen Bedeutung für die Feldtheorie nach Bourdieu ist, ist das Kapital. Wie schon früher in der Arbeit erläutert, gibt es 4 Typen des Kapitals, aber nicht jeder von den Akteuren hat zu allen diesen Formen einen Zugang. Wenn wir Gerhard Schröder näher betrachten müssen wir zuerst das ökonomische Kapital beachten, da dieses ausschlaggebend für den Wahlsieg von 2002 war, aber Schröder letztlich nicht vor der Niederlage 2005 bewahren konnte. Die Internetseite www.vermoegeen.org, die sich auf das Vermögen von prominenten Leuten zentriert, und die Einnahmen überprüft, informiert, dass Schröder als ' Bundeskanzler etwa 240.000 Euro jährlich. Lukrative Gagen von bis zu 50.000 Euro pro Auftritt erhält Gerhard Schröder beispielsweise durch Vortragstätigkeiten.' Diese Zahlen zeigen, dass Schröder gegenüber anderen Akteuren, die nach der Macht strebten, finanziell schlechter gestellt waren, als er. Zudem, bekommt Schröder ein hohes Honorar durch seine Beraterstellen bei vielen Unternehmen. Das kulturelle Kapital spielt auch eine große Rolle. Dieses Kapital beinhaltet die Bildung, wie auch das Auftreten von Schröder. Im politischen Feld ist es wichtig, dass der Akteur für die Machtausübung und für Distinktionskämpfe gebildet ist. Das ist auch Schröder. Nach dem Abschluss der Volksschule und einer Ausbildung zum Einzelhandelskaufmann, machte er Abitur und arbeitete als Anwalt. (vgl. www.gerhard-schroeder.de). Das Auftreten und Reden mit den Wählern, aber auch mit den Medien, ist noch eine Kapitalsorge, welche sehr Schröder geholfen hat. Schröders Auftreten war immer laut, direkt und mit vielen Argumenten und 'sein gekonnter Umgang mit den Journalisten und die Fähigkeit den Trubel um seine Person geschickt zu nutzen, brachten ihm den Spitznamen "Medienkanzler" ein' (www.rp-online.de). Dazu gehört auch seine starke Überzeugungskraft, die er auch mit der Absage beim Irakkrieg gezeigt hat. Er hat mit diesem Akt gezeigt, dass er immer seine Prinzipien bis zum Ende verteidigen wird. Das hat ihm Wiederwahl in 2002 gegeben, aber für jede Macht gibt es eine Gegenmacht. In diesem Falle, hat er die Beziehungen zu den USA nachhaltig ruiniert.

Die nächste politische Figur, die wir nach der Analyse von Bourdieu näher anschauen werden, ist der damalige Bundespräsident Köhler. Da der Bundespräsident eine andere Rolle, nämlich eine repräsentative, im Gegensatz zu der Position, die der lettische Präsident inne hat. Daher kann Köhler nicht so einen Einfluss auf die Regierung ausüben, als es der Fall in Lettland ist. Da die Machtausübung des Bundespräsidenten im Feld sehr eingegrenzt ist muss man viel mehr die

Distinktionskämpfe anschauen. Obwohl auch dort der Bundespräsident fast kein Einfluss hat, hat sich Köhler viele Male über die innenpolitische Situation Deutschlands geäußert und die Parteien kritisiert. So, z.B. hat der Schröders realisierte *Agenda 2010* von Schröder nicht nur kritisiert, sondern auch gelobt. So in einem Interview bezeichnete er die Reform als "historisch. Es müssen nachhaltige Reformen des Arbeits-, Sozial- und Steuersystems stattfinden" (www.weltladen-mutterstadt.de/). Kritische Bemerkungen waren auch nicht selten:

"Die Reformen bei der *Agenda 2010* sind nicht bei Weitem ausreichend“, aber Deutschland hat das Potenzial mit den Herausforderungen fertig zu werden. In Zukunft müsse den Menschen noch besser als bisher erklärt werden, warum die Reformen notwendig sind" (www.weltladen-mutterstadt.de/)

Da diese Reformen auch der Grundstein der Parlamentsauflösung waren, ist es so wichtig zu erfahren, was der Bundespräsident darüber geäußert hat. Gerade bei der Parlamentsauflösung musste sich der Bundespräsident viel Kritik entziehen. Vom linken Flügel der SPD kam der Vorwurf, dass der Bundespräsident "leider parteipolitisch nicht so zurückhaltend wie alle seine Vorgänger ist" (www.stern.de). Die Machtbefugnisse des Amtes bei Köhler werden als Kapital angesehen. Da der Bundespräsident laut der Verfassung Deutschlands, nach der gescheiterten Vertrauensfrage, allein über die Parlamentsauflösung entscheidet, sollte der Bundespräsident in keinen Feldkämpfen reingezogen sein. Aber in der Parlamentsauflösung von 2005 in Deutschland, wurde vieles vorgeworfen. Deshalb wurde auch Köhler ein Bestandteil von diesen Kämpfen. Er musste nicht nur die Kritik der Regierungs- und Oppositionsparteien annehmen, sondern auch eine Stellungnahme über die Parlamentsauflösung machen. Über die Entscheidung hat Köhler lange nichts geäußert. Am 21. Juli 2005 in einer Fernsehansprache hat sich Köhler schließlich über den Entschluss das Parlament aufzulösen geäußert:

"Unser Land steht vor gewaltigen Aufgaben. Unsere Zukunft und die unserer Kinder stehen auf dem Spiel. Millionen von Menschen sind arbeitslos, viele seit Jahren. Die Haushalte des Bundes und der Länder sind in einer nie da gewesenen, kritischen Lage. Die bestehende föderale Ordnung ist überholt. Wir haben zu wenig Kinder, und wir werden immer älter. Und wir müssen uns im weltweiten, scharfen Wettbewerb behaupten." (www.bundespraesident.de)

In diesem Falle, hat Köhler sein Machtpotenzial, also gemäß Bourdieu sein "Kapital" benutzt und sich entschieden nicht die Regierung weiter arbeiten zu lassen, sondern Neuwahlen im September 2005 auszurufen. Da der Bundespräsident die Definitionsmacht bildet, konnte er nicht in diesem inszenierten Kampf im Feld, Distanz einhalten. Die 'Spielregeln' besagen, dass die Definitionsmacht ihr Potenzial auch für

eigene Interessen nutzen kann, da sie das Zentrum des Feldes bildet, wonach die anderen Akteure streben.

Der stärkste Gegner in diesem Spielraum für Schröder war die Oppositionspartei CDU mit ihrer Vorsitzenden Angela Merkel. Da die Opposition nicht viel erreichen kann, als meistens nur Kritik ausüben, wurde vieles von der Partei nicht gehört. Doch Definitionsmacht ist auch bei Merkel bemerkbar. Merke und die CDU sind Christdemokraten und vertreten demzufolge andere Ansichten als die SPD unter Schröder. Merkel hat selbst geäußert, dass sie für 'Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit' (www.angela-merkel.de/) steht. Die Freiheit beinhaltet für Merkel die Möglichkeit sich frei äußern zu können, da sie selbst aus der ehemaligen DDR kommt, wo keine Demokratie war. Dazu kommt auch, dass jeder eine Arbeit erwerben kann, der ihm interessiert. So wird die Spaltung zwischen den Schwächeren, Jüngeren und Älteren abgelöst werden. Freiheit beinhaltet auch die Sicherheit des Menschen- nicht nur im Falle einer Arbeitslosigkeit, sondern auch der Staatssicherheit und Krankenpflege. Nur so können sich Leute wirklich frei fühlen. Die Solidarität beinhaltet den Punkt, dass die reichen mehr bezahlen müssen, als die die nicht so viel verdienen. Gerechtigkeit, auf der anderen Seite, ist nur dann erreichbar wenn jeder über eine Arbeit nach dem Abitur sicher sein kann. Das bedeutet sofort, dass auch die Familien geschützt werden, was dem Staat erlaubt, sich weiter zu entwickeln.

Der Distinktionskampf in diesem Falle ist die viel ausgeübte Kritik an der Regierung von Schröder. Da die CDU mit Merkel sich außerhalb des Zentrums des Feldes befinden, aber doch ihre Versprechungen und politische Richtung realisieren möchte, wurden viele kritische Punkte an der Politik von Schröder gerichtet. Politik von Merkel oder Unterschied zur Regierung Schröders, war auch der Angriff gegen die Reformpolitik. Merkel hat betont, dass " Deutschland nicht nur punktuelle Änderunge bedürfe, etwa im Steuer- oder Arbeitsrecht, sondern dass wir grundsätzlich die Dinge so verändern müssen, dass wir fit für das 21. Jahrhundert werden". (www.spiegel.de) Diese neue Neuausrichtung verfolgte Merkel und die CDU bis zur Parlamentsauflösung, und auch in den folgenden Neuwahlen. Merkel versuchte zu erklären, dass die Steuern nicht für die reichen höher gemacht werden müssen, sondern die Ausnahmen von der Belastung der Steuern geändert werden müssen. In einem Interview der Zeitung *Spiegel* hat Merkel folgendes gesagt:

"Deutschland ist es noch nie so schlecht gegangen wie heute. Wir wollen das enttäuschende Weiter-so von Rot-Grün beenden." (www.spiegel.de)

Diese Ideen beinhaltete die Aufforderung nach Wachstum und nicht Stagnation, was man unter Schröder sehen konnte. Die Reformen könnten in der Zukunft vielleicht gute Resultate aufzeigen, aber die Menschen wollen jetzt und sofort gut leben, ohne eine nicht zu wissen, ob die Reformen überhaupt etwas Gutes bringen werden. Die Rhetorik verschärfte sich mit jedem Monat, was ausschlaggebend auch für das Verlieren der Wahlen der SPD getragen hat. Obwohl Merkel und die CDU einsahen, dass das Misstrauensvoten auch gefährlich für die folgenden Regierung sein könnten, da sich jetzt jeder Kanzler solchen Prozedur unterziehen könnte, wenn er sieht, dass er keine Mehrheit mehr besitzt. Doch, nach der Verfassung hat der Bundeskanzler jedes Recht so eine Abstimmung vor dem Parlament zu bringen, da nach dem Artikel 68 der Präsident das am Ende entscheiden muss – entweder werden neue Wahlen ausgerufen oder die Regierung arbeitet in einer instabilen Minderheitskoalition weiter. Da sich Merkel und die CDU außerhalb des Zentrum des Feldes und auch der Definitionsmacht befindet haben, war die einzige Möglichkeit die Regierung zu kritisieren, und so für Resonanz zu sorgen, welches vielleicht durch den Feldkämpfen es erlauben könnte an der Macht zu kommen.

Die Frage des WIE, ist der Kern auch für die Opposition. Merkel und die CDU besaßen nicht nur ein starkes ökonomisches Kapital, sondern auch ein kulturelles. Die Forscher für die Einnahmen von Merkel und die CDU, haben aufgezeigt, dass:

"als Abgeordnete im Deutschen Bundestag bei Angela Merkel zwischen 2000 und 2005 zur Wahl als Bundeskanzlerin insgesamt 400.000 Euro auf dem Lohnzettel standen"

Mit so einem Kapital, welche viele Gegner nicht aufzeigen konnten, machte Merkel und CDU nutzen für die mehrmalige Kritik, Auftreten in Versammlungen, sowie Reisen über das Land und Erklärung der Position in den Medien. Ohne so ein Kapital zu besitzen, könnte Merkel nicht in diesem Distinktionskampf einsteigen. Ein anderes starkes Kapital war das Auftreten von Merkel vor der Parlamentsauflösung. Die CDU Leiterin hat sich in Interviews bescheiden, schlagfertig aber nicht aggressiv gezeigt, welches gut in der Gesellschaft aufgenommen wurde. Daraufhin konnte sie in den Kämpfen das gegen die Definitionsmacht, in der Person Schröder, erfolgreich ausnutzen und auch folgend nach der Parlamentsauflösung, die Neuwahlen gewinnen. Das Auftreten von Merkel beinhaltete auch ihre Persönlichkeit zu zeigen, aber nicht zu privat zu werden, auch authentisch bleiben (www.brigitte.de). Das Auftreten und das

konstante Kritisieren der Regierung, ist eines von Gründen wieso die Unterstützung für die realisierte Politik von Schröder mit jedem Jahr sank. Das zeigen auch die Umfragen, auf der Seite von *Infratest-dimap*, die sich mit der Wahl- und Politikforschung in Deutschland beschäftigt:

Die Erwartungen der Bürger für das neue Jahr sind pessimistisch wie lange nicht mehr. Acht von zehn Bürgern sehen mit Beunruhigung in die Zukunft, sechs von zehn befürchten ein Absinken ihres Lebensstandards. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt wird sehr kritisch eingeschätzt: Mehr als die Hälfte (55 Prozent) glaubt, dass die Zahl der Arbeitslosen weiterhin hoch sein oder sogar noch steigen wird. Vor diesem Hintergrund werden die Leistungen der Bundesregierung negativ beurteilt: Acht von zehn Deutsche (81 Prozent) sind mit der Arbeit der Regierung Schröder unzufrieden. (www.infratest-dimap.de)

Diese Umfrage redet für sich selbst, da die Kritik nicht nur von der Opposition, sondern auch von der selben Partei Schröders und Gesellschaft mit jedem Jahr gewachsen hat. Diese Umfragen hat die Opposition, die die Definitionsmacht nicht ausüben konnte, mit in die Feldkämpfe gebracht.

5.2. Analyse der lettischen Parlamentsauflösung mittels der Feldtheorie

Mit der Parlamentsauflösung in Lettland ist es anders, da hier, zum einem, die Verfassung und die herausgehenden Befugnisse der Amtspersonen verschieden von Deutschland sind, aber zum anderen auch die Feldkämpfe zwischen anderen Gruppen als die Opposition bestehen. Daraufhin ist auch der Grund der Parlamentsauflösung völlig anders als in Deutschland.

Der Staatsoberhaupt von Lettland ist der Präsident. Im Jahre 2007 wurde Valdis Zatlers zum Präsident Lettlands gewählt. 2010 gab es normale, reguläre Wahlen, welche ausschlaggebend die Regierung verändert hat. Von den ehemaligen und schon früher erwähnten Partei, die Zatlers eingewählt haben, blieb nach den Wahlen in der Regierung nur eine – das Bündnis der Grünen und Bauern. Wir müssen auch die schreckliche Finanzkrise von 2011 in Lettland berücksichtigen. Zatlers kam an der Macht mit der Hilfe der drei sogenannten Oligarchen, welche er noch im Jahre 2007 nicht als Gegner anschaute und auch nicht in einem Feldkampf eingezogen war. Der Präsident im Falle der Parlamentsauflösung hat in Lettland größere Macht als in Deutschland. Er kann das Parlament selbständig auflösen, was automatisch den Rücktritt auch von der Regierung bedeutet. Danach kommt ein Referendum, das entscheiden wird, ob die Bevölkerung auf der Seite vom Präsident oder der Abgeordneten ist. Wenn die Mehrheit gegen den Beschluss des Präsidenten bestimmt, arbeitet das Parlament weiter, aber der Präsident

muss zurücktreten. Im Falle Lettlands hat sich Zatlers entschieden die Definitionsmacht des nach der Verfassung gegebene Recht auf eine Parlamentsauflösung, auszunutzen. Der Artikel 48 der Verfassung besagt, dass:

"Dem Staatspräsidenten das Recht zusteht, die Auflösung des Seimas zu beantragen. Hernach erfolgt eine Volksabstimmung. Ist in der Volksabstimmung mehr als die Hälfte der Abstimmenden für die Auflösung des Parlaments, so ist das letztere als aufgelöst zu betrachten und eine Neuwahl ist nicht später als in zwei Monaten nach der Seimasauflösung anzuberaumen." (www.verfassungen.eu)

Die Zusammenarbeit zwischen dem Präsidenten und dem Parlament war unmöglich geworden, deswegen musste das Volk ihre Meinung äußern, wer weiter arbeiten sollte. Demnach folgen auch die Distinktionskämpfe. Zatlers hat sich als Gegner die drei Oligarchen vorgenommen. Erste Äußerungen kamen schon im Jahre 2007, wo Zatlers noch eine völlig andere Meinung über die Oligarchen äußert, nämlich dass 'er nichts über die Oligarchen weiß und will auch nichts wissen'. Nachdem hat Zatlers viel seine Definitionsmacht ausgeübt, z.B. viele Ultimaten den Regierungschefs gestellt, wie die Änderung der Verfassung das seit 2009 erlaubt das Parlament auch in einer Volksabstimmung direkt zu entlassen. Also, ohne einer vorigen Parlamentsauflösung des Präsidenten. Doch nach den Wahlen 2010 sah sich Zatlers in einer Zwangslage. Von einer Seite hier, wollte er mit der gegebenen Definitionsmacht die Korruption und die Oligarchen bekämpfen, aber von der anderen Seite, bedeutete es auch den Fall der damaligen Regierung, wo eine von den Parteien die von dem angeblichen Oligarchen Lembergs kontrollierte Bündnis der Grünen und Bauern war. Den letzten Schlag brachte die Abstimmung im Parlament 2011, als sich die Abgeordneten der Saeima gegen die Aufforderung des Staatsgeneralanwalt gestimmt haben. Der zweite angebliche Oligarch in der Person von Ainārs Šlesers wurde von den Abgeordneten geschützt und die Hausdurchsuchung hat nicht stattgefunden. Zatlers fand diesen Beschluss als ein Zeichen der Machtlosigkeit gegen die drei Oligarchen. Nach dem Beschluss hat Zatlers die Saeima aufgelöst und das mit folgend Wörtern kommentiert:

"Die jetzige Saeima hat viele Wähler enttäuscht, da die ein Stützpunkt Verteidiger für die kleinen Interessengruppen und Oligarchen geworden ist. Diese Saeima hat auch andere Untugenden - das Handeln über Ämter, obwohl man über den Staat und die ökonomische Situation denken soll. Diese Saeima hat bewiesen, dass sie die eigenen Interessen beschützt und wir können sehen, dass die Saeima in seiner eigenen Lügenwelt sich wohl fühlt." (www.tvnet.lv)

Nach der Entlassung der Saeima fingen auch die Feldkämpfe an. Die

verschiedenen Parteien, die nicht die Definitionsmacht verlieren oder an die Macht kommen wollten, habe den Beschluss viel kommentiert. Die beiden Regierungsparteien haben sich verschieden geäußert. Die *Einigkeitspartei* hat erläutert, dass dieser Schritt 'in keinem Grad die Möglichkeiten aufbessern wird, den Einfluss von den Oligarchen zu verringern'. Das Bündnis der Grünen und Bauern blieb neutral und hat nur betont, dass 'der Präsident Lettlands hat so einen Recht das Parlament aufzulösen. Wenn es vom Volk akzeptiert werden sollte, wird die Partei bestimmt auch in den nachkommenden Wahlen teilnehmen.' (www.ir.lv)

Zatlers hat sehr anschaulich ihr Kapital des Vertrauens und der erreichten Anerkennung ausgenutzt, da die Gesellschaft in der Krisensituation auf der Seite von Zatlers gestanden hat. Die Umfragen zeigten, dass nur 10% von der Bevölkerung die damalige 10.Saeima unterstützt hat (www.tvnet.lv). Zatlers hat erfolgreich den Spielraum des Feldes benutzt und am selben Tag als die Volksabstimmung für die Entlassung der Saeima stattgefunden hat, seine eigene Partei gegründet. So hat Zatlers sein Kapital an erreichter Anerkennung für eigene Zwecke benutzt, ohne wirklich eine andere Kapitalsorte zu brauchen. In den nachfolgenden Neuwahlen hat die *Reformpartei* *Zatlers* den zweiten Platz nach den Sitzen im Parlament bekommen. Von den 100 möglichen Sitzen die in der Saeima sind, bekam die Partei von Zatlers 22 was eine hohe Anzahl war. Dazu, wurde auch Zatlers selbst in Saeima gewählt und spielte eine große Rolle für die Bildung der neuen Regierung. Mit diesem Beispiel kann man sehen, wie sich die Akteure im Feld bewegen, auch die, die sich schon im Zentrum befinden, aber eine andere Definitionsmacht realisieren möchten.

Der nächste Akteur den wir näher betrachten müssen ist der Ministerpräsident – in der Präsidentschaft von Zatlers haben sich zwei Ministerpräsidenten gewechselt, da im Jahre 2010 neue Wahlen stattgefunden haben. Die wichtigere Rolle spielt der Ministerpräsident Valdis Dombrovskis, der 2010 an der Macht gekommen ist. Obwohl seine Partei vor den Wahlen deklariert hat, dass sie sich gegen die Korruption und den Einfluss der Oligarchen und dessen Parteien einsetzen werden, wurde die neue Regierung gerade aus einer angeblichen Oligarchenpartei gebildet – das Bündnis der Grünen und Bauern. Die Partei des Ministerpräsidenten realisiert eine zentrische Politik, die auch mit einigen Kompromissen mit dem Koalitionspartner, die zentrale Definitionsmacht hergestellt hat. Nach der Verfassung Lettlands kann der Ministerpräsident selbst die Regierung auflösen und zurücktreten, nicht wie im Falle

Deutschlands. Nach dem Artikel 59 :

"Der Ministerpräsident und die Minister bedürfen zu ihrer Amtsführung notwendig das Vertrauen des Seimas und sind für ihre Tätigkeit dem Seimas gegenüber verantwortlich. Drückt der Seimas ein Mißtrauen dem Ministerpräsidenten aus, so hat das ganze Kabinett abzutreten. Ist das Mißtrauen einem einzelnen Minister ausgedrückt, so muß derselbe demissionieren und auf dessen Stelle ist vom Ministerpräsidenten eine andere Person zu bestellen."
(www.verfassungen.eu)

Auch nach vielen Anmerkungen, dass die Regierung unter Druck der Oligarchen stehe, hat sich der Ministerpräsident nicht Gedanken über einen Rücktritt oder Vertrauensfrage entschieden. Daraufhin folgte die Auflösung der Saeima von Zatlers.

Die dritte Partei in diesem Spielraum, der an die Definitionsmacht kommen wollte, waren die Oligarchen. Eine Oligarchen Partei, die von Aivars Lembergs, war schon ein Bestandteil der Regierung, die beiden anderen waren nicht mehr so erfolgreich – Ainārs Šlesers konnte doch in die Saeima gewählt werden und war der Bruchpunkt, als sich Zatlers entschieden hat das Parlament aufzulösen. Der dritte, Andris Šķēle, hat sich von der Politik verabschiedet, aber blieb nahe zu den anderen politischen Mächten. Der erste Oligarche konnte die Definitionsmacht mitbestimmen, der zweite nur im Feldkampf mitbewirken, aber dritte nur sein verschiedenes Kapital benutzen, um den ehemaligen Einfluss auf andere Abgeordnete auszuüben. Der größte Einfluss von diesen drei Herren kommt natürlich mit dem ökonomischen Kapital die sie besitzen. So, z.B. schreibt der in Lettland populäre Journalist Lato Lapsa, dass die Familie von Lembergs die reichte Familie in Lettland sei mit einem Gesamtwert von 140 Millionen, die Familie von Šķēle sei 40 Million Wert, und die von Šlesers fast 3 Millionen. (Focus, 2013, LETA). Mit so einem Kapital haben die drei Oligarchen viel größere Möglichkeiten sich zu realisieren als andere Spieler im Feld. Da die Reputation von Šķēle völlig zerstört wurde, hat er sich von der Politik weggezogen, aber immer noch neue, auf seine ehemalige Partei gegründete, politische Projekte sponsoriert. Nach der Parlamentsauflösung, obwohl Šlesers große Massenkampagnen im Rundfunk begonnen hatte, war es zu wenig um mit dem Kapital diesen Feldkampf zu gewinnen und an der Macht zu kommen. Er wurde nicht in der neuen Saeima gewählt. Lembergs war immer der Ministerpräsidentkandidat von den Grünen, wurde aber niemals gewählt. Dazu kommt das Kapital der Medien. Die zwei größten Zeitschriften – die *Diena* (*der Tag*) und *Neatkarīgā Rīta avīze* (*Die unabhängige Morgenzeitschrift*) – sollen angeblich allen drei Oligarchen gehören. So schreibt die Politikseite *Pietiek.com*, dass die Proportionen in der Zeitung *Diena* folgend geteilt sind – 36% gehört Šlesers, 24%

Šķēle und 20 Lembergs. (Margeviča, 2011, Pietiek). Um den Einfluss von dieser Zeitschrift muss man die Medallie für die Schrift in 2011 nennen – die Zeitschrift *Diena* wurde zu der meist verkauften und wertvollsten Zeitschrift 2011 genannt (Diena, 2011,). In dem Falle von der *Neatkarīgā Rīta avīze* ist es bekannt, dass nicht direkt aber durch anderen Unternehmen diese Zeitschrift 100 % Herr Lembergs gehört. Nur mit diesen zwei Zeitschriften, mit diesem Kapital, hatten (haben) die drei Oligarchen einen großen Einfluss auf jeden Leser, in Folge auch Einfluss auf die Kämpfe innerhalb des Feldes. Nicht zuletzt hat Zatlars alles gegen die Oligarchen orientiert, weil er nicht so einen Kapital der Massenmedien besessen hat, aber die Projizierung, dass die Oligarchen an allem Schlechten was im Land passiert, war in diesem Falle starker, da Zatlars die Regierung gebildet hat.

5.3. Vergleich Deutschland-Lettland

Nach der Analyse der zwei Parlamentsauflösungen und den Kampf im Feld über die Definitionsmacht, können wir Ähnlichkeiten und Unterschiede in beiden Fällen sehen. Zum einem, können wir sofort bemerken, dass beide Parlamente von dem Präsident aufgelöst wurden. Obwohl die zwei Präsidenten nach den Verfassungen ganz verschiedene Funktionen ausüben können, gehört in den Parlamentsauflösungen das letzte Wort immer denen. Im Falle Lettlands wurde das Parlament aufgelöst, aber das ist noch nicht der Ausgang der Vollziehung, da es noch in einer Volksabstimmung von der Gesellschaft akzeptiert werden muss. Wenn der Präsident keine Unterstützung im Referendum erhält, muss der Präsident in Lettland selbst zurücktreten, aber das aufgelöste Parlament kann die Arbeit fortsetzen. Im Falle Deutschlands ist es komplizierter, da, zum einem, der Bundeskanzler sich selbst nicht "entlassen" kann, was auch den Sturz von der Regierung bedeutete, und zum anderen, hat der Bundespräsident kein individuelles Recht das Parlament einfach aufzulösen. Da in Lettland der Ministerpräsident selbst zurücktreten kann, was nicht automatisch die Parlamentsauflösung bedeutet, ist es auch ein Unterschied zu Deutschland. In Deutschland spricht man viel mehr über die sogenannte 'Kanzlerdemokratie', welche große Kritik in den letzten Jahren bekommen hat, da der Kanzler den Artikel des Vertrauensvotum in der Verfassung zu seinem eigenen Nutzen ausüben kann, z.B. der Bundeskanzler sieht, dass er keine stabile Mehrheit in der Regierungsarbeit besitzt, kann er das Vertrauensvotum stellen, obwohl es schon bewusst ist, dass es scheitern

wird. In diesem Falle, nutzt der Bundeskanzler die Definitionsmacht aus, weil er nichts zu verlieren kann – wenn er in den Neuwahlen doch verlieren sollte, weiß er, dass er sowieso keine Mehrheit in der ehemaligen Regierungen gehabt hat.

Noch ein großer Unterschied war die Argumentation für die Parlamentsauflösung. Im Falle Lettlands hat der Präsident entschieden, dass das Parlament nicht Arbeitsfähig sei. Der Grund sei die Beschützung von kleine Interessengruppen, in deren Richtung auch die Gesetzgebung abgestimmt worden sei. In Lettland hat sich, im Unterschied zu Deutschland, der Präsident entschieden die ihm definierte Macht nach der Verfassung zu benutzen, da der Regierungschef diese Fehler nicht [ge]sehen hat [wollte]. Im Falle Deutschlands, hat sich eine völlig verdrehte Situation ereignet. Der Bundeskanzler sieht selbst, dass die Regierung und Parlament Arbeitsunfähig ist, und stellt die Vertrauensfrage. Die scheitert und nun muss der Bundespräsident die ihm gegeben Macht im Zentrum des Feldes ausüben – entweder eine Minderheitsregierung weiter arbeiten lassen, oder das Parlament aufzulösen und Neuwahlen anzuordnen.

Noch ein Unterschied von beiden Parlamentsauflösungen ist die Benutzung des Kapitals. Beide Parlamentsauflösungen zeigen verschiedene Sorten von Kapital, dazu auch verschieden Gründe, wieso diese Kapital für die Parlamentsauflösung so wichtig gewesen ist. Im Falle Lettlands, hat der damalige Präsident Zatlers das Kapital der Unterstützung der Bevölkerung benutzt um gegen das große ökonomische und Medienkapital der angeblichen drei Oligarchen kämpfen zu können. Dieses Risiko hat sich für Zatlers ausgezahlt, da nur einer von den angeblichen Oligarchen nach den Neuwahlen ein Bestandteil der Neuregierung wurde. Zatlers selbst hat das große Los ausgezogen – er hat seine Definitionsmacht von dem Amt des Präsidenten auf die Regierung herübergebracht. Er hat mit seinem unterschiedlichen Feldkampf die Macht für seine Interessen verändert. In dem Falle von Deutschland, können wir viel mehr die Distinktionskämpfe erleben, da die einen eine sozialdemokratische Richtung, die anderen eine christlichdemokratisch bestreben haben. In Deutschland hat das Kapital der Medien eine enorme Rolle für den Ausgang der Wahlen getragen. Auch bis zu der Parlamentsauflösung, haben sich beide Seiten – die SPD und die CDU in den Medien über die realisierten Reformen täglich gestritten. Das Risiko von Schröder Neuwahlen hervorzurufen hat sich am Endeffekt nicht bezahlt. Die SPD hat die Wahlen knapp verloren, aber konnte die sogenannte 'Große Koalition' mit der CDU bilden. Nach

diesen Wahlen hatte sich der Feld völlig verändert. Die ehemalige Definitionsmacht, die SPD, sah wie sie jetzt die Macht mit der CDU teilen muss. Die CDU war vorher nur ein Bestandteil der Distinktionskämpfen und hatte fast keine Möglichkeit die Macht zu definieren. Das hat sich nach der Parlamentsauflösung geändert.

Eine Ähnlichkeit zwischen beiden Parlamentsauflösung fällt doch auf – nämlich, die Partei(en) die im Moment vor der Auflösung an der Macht gewesen waren, haben ihre Macht wegen den realisierten Reformen oder der ausgeübten Kritik von den Oppositionsmächten, nach den Wahlen verloren. Das zeigt auch, was für eine Rolle das Kapital der Medien spielt, obwohl man bedenken muss, dass das Wichtigste ist, wie die Interpretation und Argumentation für jede Reform oder jedes Wort dargestellt wird. Die Parlamentsauflösungen und die Machtstrebung im konkreten Feld, wird auch weiter ein wichtiger Bestandteil nicht nur in der Politik, sondern auch in der Gesellschaft bleiben.

6. FAZIT

In der Bachelorarbeit wurde die Parlamentsauflösung in Lettland 2011 und in Deutschland 2005 mit Hilfe der Feldtheorie von dem französischen Forscher Pierre Bourdieu analysiert, nach den Ähnlichkeiten und Unterschieden in der Machtverschiebung geguckt und die gegebenen Rechte für die Präsidenten und Regierungschefs verglichen.

Nach der Analyse wurde festgestellt, dass die Verfassungen von beiden Ländern unterschiedliche Gestaltungsräume für die Machtausübung erlauben. Die Machtausübung wird im bestehenden Feld realisiert, das bedeutet, dass jeder von den Akteuren, der nicht im Mitte des Feldes sich befindet, kann nicht die Macht definieren. Diese Akteure können nur für die Macht kämpfen, mittels der Feldkämpfe. Um diese zu realisieren, braucht man ein Kapital. Es gibt vier Sorten des Kapitals, welche in der Arbeit näher angeschaut worden sind, um zu verstehen wie sich die Akteure bewegen können, welche Befugnisse haben die und was ist nötig um an die Macht zu kommen. Das alles wurde durch den Blickwinkel der Parlamentsauflösung betrachtet.

Nach der Arbeit mit den Büchern und Verfassungstexten, kann man sagen, dass die Verfassung Deutschlands den Bundeskanzler und Bundespräsidenten sehr eingrenzt, aber im Falle Lettlands hat der Präsident und Ministerpräsidenten einen größeren Spiel- und Erlaubnisraum. In Lettland kann der Regierungschef selbst auf eigene Initiative zurücktreten, in Deutschland ist es unmöglich- der Bundeskanzler benötigt einen Vertrauensvotum. Der Präsident Lettlands, kann selbst das Parlament auflösen, wo eine Volksabstimmung folgt, aber der Bundespräsident in Deutschland hat nicht so ein Befugnis. Er spielt viel mehr eine repräsentative Rolle.

Die Folgen beider Parlamentsauflösungen waren auch völlig verschieden – in den Neuwahlen in Deutschland hat der ehemalige Regierungschef die Macht verloren, obwohl seine Partei ein Bestandteil der Großen Koalition geworden ist. In Lettland, hat die der Präsident die Macht nach den Neuwahlen geändert, da er danach mit seiner Partei die neue Regierung gebildet hat.

Das gesetzte Ziel um die Ähnlichkeiten und Unterschiede im politischen Feld mittels der Feldtheorie zu finden, wurde fast völlig erreicht. Im Arbeitsprozess konnte man merken, dass die Feldtheorie wirklich arbeitet, da die Analyse nach 3 wichtigen Aspekten der Feldtheorie von Bourdieu realisiert wurde und Beispiele für jedes von

denen in der Parlamentsauflösung auch gefunden worden: die Definitionsmacht, die Feldkämpfe und das Kapital, wurden näher betrachtet. Die Schlussfolgerungen zeigten, dass es viel mehr Unterschiede als Ähnlichkeiten gegeben hat, obwohl man diesen Prozess noch aufbessern könnte, aber dafür benötigt man noch mehr Material und Zeit.

7. LITERATURVERZEICHNIS

7.1. Primärliteratur

Pierre Bourdieu (1993): *Die Theorie sozialer Praxis*. Frankfurt. Springer Verlag. 274-289.

7.2. Sekundärliteratur

Buse, Volker (2001): *Bundeskanzleramt und Bundesregierung*. Heidelberg: Hüthig Verlag. 40-81.

Egle, Christoph. Zohinhöfer, Reimut (2007): *Ende des rot-grünen Projektes*. Wiesbaden: Springer VS. S.29-59.

Gabriel, Oscar: *Handbuch. Politisches System der Bundesrepublik Deutschland*. München, Wien: R.Oldenbourg Verlag. 189-243

Helms, Ludger (2005): *Regierungsorganisation und politische Führung in Deutschland*. Hagen: VS Verlag. 130-147.

Jesse, Eckhard. Sturm, Roland (2006): *Bilanz der Bundestagswahl 2005*. Springer Verlag. S.10.-154.

Marschall, Stefan (2011): *Das politische System Deutschlands*. Stuttgart: UVK Verlagsgesellschaft. 154-193.

Neumann, Felix (2009): *Gerhard Schröders Vertrauensfrage 2005: Politik am Rande der Verfassung*. Books on Demand. S.5.-52.

Ooyen, Robert. Möllers, Martin (2012): *Der Bundespräsident im politischen System*. Lübeck: Springer VS. 31-142.

Schmidt G., Manfred (2010): *Das politische System Deutschlands*. Bonn: C.H. Beck Verlag. 163-181.

Urdze, Sigita. Knodt, Michele (2012): *Die politischen Systeme der baltischen Staaten*. Wiesbaden: Springer VS. 7.-201.

Vaičaitis A. Vaidotas (2012): *Konstitutionelle Verfasstheit der baltischen Staaten*, Kaunas, 163.-180.

7.3. Internetquellen

Abgeordneten unter der Lupe (2011).

<<http://www.deputatuzdelnas.lv/notikumu-hronika/valsts-prezidenta-politiskaietekme/rikojums-nr2.html>> (17.08.2011)

Bibliographisches Institut , (2013). *Sozialdemokratie*.

<<http://www.duden.de/rechtschreibung/Sozialdemokratie>>

Bundestag (2013): *Ergebnisse der Bundestagswahlen.*
<<http://www.wahlrecht.de/ergebnisse/bundestag.htm>>

Diena.lv (2011). *Die Zeitschrift Diena wird als die meist gekaufte und wertvollste Ausgabe gekrönt*

<<http://www.diena.lv/arhivs/laikraksts-diena-atzits-par-ienesigako-un-pardotako-izdevumu-latvija-781242>> (27.05.2011)

DPA (2011). *Lettlands Präsident will Parlament auflösen.*

<<http://www.sz-online.de/nachrichten/lettlands-praesident-will-parlament-aufloesen-847983.html>> (29.05.2011)

DPA (2003). *Merkel verteidigt Irak-Krieg*

<<http://www.faz.net/aktuell/politik/cdu-csu-merkel-verteidigt-irak-krieg-189806.html>> (27.03.2003)

DIMAP (2003). *ARD-Deutschlandtrend*

<<http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2003/januar/>> (01.2013)

Hellfeld, Matthias (2009): *Gerhard Schröder – Kanzler der Reformen.*

<<http://www.dw.de/gerhard-schr%C3%B6der-kanzler-der-reformen/a-4444592>> (03.07.2009)

LETA (2011). *Beerdigung der Oligarchen.*

<<http://www.tvnet.lv/zinas/latvija/380554-riga-un-citviet-latvija-notiks-oligarhu-kapusvetki>> (08.06.2011)

LETA (2012). *Die Auflösung des Parlaments hat nichts gebracht.*

<<http://www.apollo.lv/zinas/apinis-10-saeimas-atlaisana-bija-bezjedzigs-pasakums/520270>> (27.06.2012)

Manager magazin online (2002). *Genosse der Bosse.*

<<http://www.manager-magazin.de/unternehmen/karriere/a-201129.html>> (16.06.2002)

Margēviča, A. *Wie die drei Oligarchen die Zeitschrift Diena besitzen*

<http://www.pietiek.com/raksti/_oligarhu_lieta_rada_ka_dienu_caur_sia_rigas_tirdzni_ecibas_osta_nopirkusi_slesers,_skele_un_lembergs> (12.10.2011)

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (2014): *KANZLERAMT, GESCHICHTE, GERHARD SCHRÖDER.*

<<http://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Artikel/BKKanzleramtGeschichte/kanzleramt-geschichte-gerhard-schroeder.html>>

RP Digital: *Kurzporträt: Gerhard Schröder.*

<<http://www.rp-online.de/politik/deutschland/kurzportraet-gerhard-schroeder-bid-1.568829>> (06.2008)

Spiegel (2003). *Agenda 2010: Merkel lästert über Schröders Trippelschritte*
<<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/agenda-2010-merkel-laestert-ueber-schroeders-trippelschritte-a-251219.html>> (02.06.2003)

Schröder, Gerhard (2014). *Mut zu Reformen*.
<<http://gerhard-schroeder.de/startseite/reformen/>>

Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland: Nachkriegsjahre 1945-49.
<<http://www.hdg.de/lemo/html/Nachkriegsjahre/index.html>>

Tischner, Wolfgang. *Der Weg zum Grundgesetz 1949*
<<http://www.kas.de/wf/de/71.7052/>>

Theisen, Hermann (2001). *Dokumentation einer schriftlichen Befragung aller Bundestagsabgeordneten zu ihrem Abstimmungsverhalten hinsichtlich der Bundeswehrbeteiligung am Kosovo-Krieg*
<<http://www.graswurzel.net/news/kosovo-mdb.shtml>> (03.04.2001)

Zentrale Wahlkommission (2011). *Ergebnisse der 10.Parlamentsauflösung und der Wahlen zur 11.Saeima*.
<http://cvk.lv/pub/upload_file/Gramata_2011_TN_11_Saeimas_velesanas_gala.pdf>
(11.2011.)

DOKUMENTATIONSBLATT

Bakalaura darbs „Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den politischen Feldern Deutschlands und Lettlands am Beispiel von Parlamentsauflösungen“ izstrādāts LU Ģermānistikas nodaļā.

Ar savu parakstu apliecinu, ka pētījums veikts patstāvīgi, izmantoti tikai tajā norādītie informācijas avoti un iesniegtā darba elektroniskā kopija atbilst izdrukai.

Autors: Krists Šukevičs

Rekomendēju darbu aizstāvēšanai:

Vadītājs/vadītāja: DAAD-GASTLEKTORIN SANDRA JOHANNA LANGER

(paraksts, datums)

Recenzents:

.....

Darbs iesniegts Ģermānistikas nodaļā:

(datums: diena, mēnesis, gads)

Gala pārbaudījuma komisijas sekretārs: *amats vārds uzvārds*

(paraksts, datums)

Darbs aizstāvēts bakalaura gala pārbaudījuma komisijas sēdē

..... prot. Nr., vērtējums:

Gala pārbaudījuma komisijas sekretārs:

(paraksts, datums)